Stadt Hilden

Niederschrift

**über die 8. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Hilden am
Mittwoch, 29.09.2010 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses**

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Bürgermeister Horst Thiele

Ratsmitglied

Frau Birgit Behner	CDU
Frau Marion Buschmann	CDU
Herr Walter Corbat	CDU
Frau Sabine Kittel	CDU
Herr Dr. Stephan Lipski	CDU
Frau Claudia Schlottmann	CDU
Herr Rainer Schlottmann	CDU bis TOP 5.5
Herr Dr. Peter Schnatenberg	CDU
Herr Norbert Schreier	CDU
Herr Martin Schulte	CDU
Herr Jürgen Spelter	CDU
Frau Angelika Urban	CDU
Frau Birgit Alkenings	SPD
Herr Hans-Georg Bader	SPD
Frau Anabela Barata	SPD
Herr Manfred Böhm	SPD
Herr Christoph Bosbach	SPD
Herr Torsten Brehmer	SPD
Herr Reinhold Daniels	SPD
Frau Dagmar Hebestreit	SPD
Herr Rolf Mayr	SPD
Herr Hans-Werner Schneller	SPD
Herr Dominik Stöter	SPD
Herr Hans-Jürgen Weber	SPD
Herr Kurt Wellmann	SPD
Herr Rudolf Joseph	FDP
Herr Thomas Remih	FDP
Frau Martina Reuter	FDP
Frau Heidi Weiner	FDP
Frau Dr. Christina Krasemann-Sharma	BA
Herr Ludger Reffgen	BA
Herr Udo Weinrich	BA
Herr Alfred Will	BA
Herr Klaus-Dieter Bartel	Grüne
Frau Ellen Reitz	Grüne
Herr Hartmut Toska	Grüne
Frau Susanne Vogel	Grüne
Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann	dUH

Herr Werner Horzella
Frau Marlene Kochmann
Herr Günter Pohlmann
Herr Friedhelm Burchartz
Herr Dr. Heimo Haupt
Herr Lothar Kaltenborn

dUH
dUH
dUH
Freie Liberale
Freie Liberale
fraktionslos

Von der Verwaltung

Herr 1. Beig. Norbert Danscheidt
Herr Beig. Reinhard Gatzke
Herr Kämmerer Heinrich Klausgrete
Frau Monika Ortmanns
Herr Michael Witek
Herr Lutz Wachsmann
Herr Roland Becker
Herr Tobias Schlusche

Gleichstellungsbeauftragte

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 CO-Pipeline der Firma Bayer-Material Science - Sachstandsbericht
- 2.1 (zusätzlich) Resolution zur Neuorganisation der Jobcenter im Kreis Mettmann
- 3 Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses
- 3.1 Einziehung von Straßen, Wegen und Plätzen im Stadtgebiet Hil- WP 09-14 SV 61/035
den für den öffentlichen Verkehr:
Teilflächen der Bahnhofsallee
- 3.2 Bebauungsplan Nr. 10C für den Bereich Bahnhofsallee / Benrather WP 09-14 SV 61/045
Straße / Poststraße:
Anordnung der Umlegung
- 3.3 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 256 (VEP Nr. 14) für den WP 09-14 SV
Bereich Nidenstraße / Eichenstraße: 61/050/1
Abhandlung der Anregungen
Beschluss des Durchführungsvertrages

Satzungsbeschluss

3.4	33. Änderung des Flächennutzungsplanes für die Grundstücke Walder Str. 99 - 113 und Mühlenbachweg 12 (Edeka Breidohr und ehemaliger OBI-Standort)
1. Abhandlungen der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung
2. Offenlagebeschluss	WP 09-14 SV 61/054
3.5	Bebauungsplan Nr. 148B für die Grundstücke Walder Straße Nr. 99 - 113 und Mühlenbachweg 12:
Abhandlung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung
Offenlagebeschluss	WP 09-14 SV 61/053
3.6	Bebauungsplan Nr. 106B für den Bereich Herderstraße / Stockhausstraße / Gerresheimer Straße / Auf dem Sand:
Abhandlung der Anregungen
Satzungsbeschluss	WP 09-14 SV 61/055
3.7	Bebauungsplan Nr. 66, 4. Änderung für den Bereich Westring / Nordfriedhof / Herderstraße / Ellerstraße:
Abhandlung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung
Offenlagebeschluss	WP 09-14 SV 61/056
3.8	Verbesserung der Sauberkeit auf Hildener Straßen, Wegen und Plätzen	WP 09-14 SV 68/010
4	Haushalts- und Gebührenangelegenheiten	
4.1	Jahresabschluss 2009	WP 09-14 SV 20/029
4.2	Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und investiven Auszahlungen für die Zeit vom 01.01.2010 bis 30.06.2010	WP 09-14 SV 20/025
4.3	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung	WP 09-14 SV 68/013
4.4	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) - Genehmigung einer üpl Ausgabe	WP 09-14 SV 50/024
4.5	Verfassungsbeschwerde gegen das Einheitslastenabrechnungsgesetz	WP 09-14 SV 20/023
5	Anträge	
5.1	Änderung des § 22 Abs. 2 Satz 3 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Hilden und seiner Ausschüsse (Änderung des Quorums für geheime Abstimmungen);
Antrag der CDU Fraktion vom 14.07.2010	WP 09-14 SV 01/037
5.2	Ankauf, Umbau und Sanierung des Kolpinghauses
-Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN-	WP 09-14 SV 26/031
5.3	Bau einer Baseballanlage durch die GkA in der Giesenheide	WP 09-14 SV
80/009/1

5.4	Neu- und Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien	WP 09-14 SV 01/043
5.5	Antrag der Fraktion Bürgeraktion Hilden auf Vorlage des Entwurfes einer Baumschutzsatzung	WP 09-14 SV 60/018
6	Sonstige Angelegenheiten	
6.1	Anzahl der zu wählenden Beigeordneten;
Antrag der CDU-Fraktion zur Änderung der Hauptsatzung	WP 09-14 SV 01/039
6.2	Anzahl der zu wählenden Beigeordneten; Antrag der BA-Fraktion zur Änderung der Hauptsatzung	WP 09-14 SV 01/040
6.3	Wiederbesetzung der Stelle des 3. Beigeordneten; Antrag der BA-Fraktion vom 07.07.2010	WP 09-14 SV 10/022
6.4	Jubiläumsveranstaltung "150 Jahre Stadt Hilden und 40 Jahre Musikschule Hilden"	WP 09-14 SV 41/025
6.5	Prüfung der Jahresabschlüsse der Freizeitgemeinschaft Behinderte und Nichtbehinderte e. V. - Beauftragung des Rechnungsprüfungsamtes	WP 09-14 SV 14/012
7	Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen	
7.1	Kreisumlage 2011	
8	Entgegennahme von Anfragen und Anträgen	
8.1	Verbraucherberatung in Energiefragen in Hilden-Anfrage BA vom 12. Mai	
8.2	Übernahme der Aufgaben der örtlichen Rechnungsprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt des Kreises prüfen	
8.3	Entfernung des vor der ev. Kita "Sonnenschein" (Kalstert 84, 40724 Hilden) stehenden Pavillons	
8.4	Aufstellung über Fremdleistungen	
8.5	Schaffung eines Ersatzbolzplatzes	
8.6	Mitgliedschaft bei der "Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V."	
8.7	Vermehrtes Rattenaufkommen	

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Bürgermeister Thiele, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Rates, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörer. Er stellte fest, dass zu

der Sitzung rechtzeitig eingeladen, die Unterlagen vollständig zugegangen und der Rat beschlussfähig sei.

Änderungen zur Tagesordnung

Ratsmitglied Alkenings/SPD verwies auf die den übrigen Fraktionen per Mail übersandte Resolution zur Neuorganisation der Jobcenter im Kreis Mettmann und bat im Hinblick auf die anstehende Sitzung des Kreistages um Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes in die Tagesordnung.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Thiele schlug vor, diesen als Ziffer 2.1 in die Tagesordnung einzufügen.

Die Mitglieder des Rates erklärten sich hiermit einverstanden.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde lagen keine Meldungen vor.

1 Befangenheitserklärungen

Rm. Sabine Kittel/CDU erklärte sich zum Tagesordnungspunkt 6.5 – Prüfung der Jahresabschlüsse der Freizeitgemeinschaft Behinderte und Nichtbehinderte e.V. - für befangen.

2 CO-Pipeline der Firma Bayer-Material Science - Sachstandsbericht

Bürgermeister Thiele erklärte, dass es derzeit keinen neuen Sachstand gäbe.

2.1 (zusätzlich) Resolution zur Neuorganisation der Jobcenter im Kreis Mettmann

Antragstext (Resolution):

Der Kreistag entscheidet voraussichtlich am 7.10.2010 über die Neuorganisation der Jobcenter im Kreis Mettmann. Die Kreisverwaltung hat sich bereits in ihren Vorlagen für die Ausübung der sog. Option ausgesprochen. Die Städte wurden um Stellungnahmen gebeten.

Der Sozialausschuss der Stadt Hilden hat in seiner Sitzung am 6.09.2010 mehrheitlich beschlossen, dem Kreistag zu empfehlen, von der Optionsbewerbung Abstand zu nehmen und die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der örtlichen Agentur für Arbeit in einer Gemeinsamen Einrichtung fortzuführen.

Die Vor- und Nachteile der beiden Organisationsmodelle, auf die hier nicht eingegangen werden soll, sind umfänglich dargestellt worden – es wird auf die Vorlage im Sozialausschuss verwiesen. Nach Abwägung der mit den beiden Organisationsformen verbundenen Vor- und Nachteile kommt der Sozialausschuss zum Ergebnis, dass das Optionsmodell erhebliche finanzielle Risiken für den Kreis Mettmann und seine kreisangehörigen Gemeinden birgt. Die Auswirkung auf die Kreisumlage heute und in der Zukunft ist bislang nicht bekannt.

Der Bürgermeister der Stadt Hilden wird diesen Beschluss gegenüber dem Kreis vertreten.

Die Hildener Kreistagsabgeordneten werden aufgefordert, das Votum des Sozialausschusses bei ihrer Entscheidung im Kreistag zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 25 Ja Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen

CDU-Fraktion:	nein
SPD-Fraktion:	ja
FDP-Fraktion:	nein
BA-Fraktion:	ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	ja
dUH-Fraktion:	Enthaltung
Freie Liberale	ja
Bürgermeister	ja

3 Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses

- 3.1 Einziehung von Straßen, Wegen und Plätzen im Stadtgebiet Hilden für den öffentlichen Verkehr:
Teilflächen der Bahnhofsallee
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss:

Gemäß § 7 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) vom 23.09. 1995 (GV NW S. 1028 ff.) in der zurzeit gültigen Fassung wird die Widmung als öffentliche Verkehrsfläche: Haupterschließungsstraße für folgende Grundstücke eingezogen:

Lfd. Nr.	Straße	Gemarkung Hilden	
		Flur	Flurstück
1	Teilfläche der Bahnhofsallee	13	322, 323, 325

Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren zur Teileinziehung der öffentlichen Verkehrsfläche durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

- 3.2 Bebauungsplan Nr. 10C für den Bereich Bahnhofsallee / Benrather Straße / Poststraße: WP 09-14 SV 61/045
Anordnung der Umlegung
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss:

Gemäß § 46 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) in seiner derzeit gültigen Fassung ordnet die Stadt Hilden für den Bereich des räumlichen Geltungsbereichs des aufzustellenden Bebauungsplans Nr. 10C die Umlegung an.

Die Anordnung der Umlegung umfasst das gesamte Verfahrensgebiet des Bebauungsplanes Nr. 10C. Es wird begrenzt durch die Bahnhofsallee im Westen und Südwesten, die Benrather Straße im Südosten und die Poststraße im Norden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

- 3.3 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 256 (VEP Nr. 14) für den Bereich Niedenstraße / Eichenstraße: WP 09-14 SV 61/050/1
Abhandlung der Anregungen
Beschluss des Durchführungsvertrages
Satzungsbeschluss
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss:

1. die eingegangenen Anregungen wie folgt abzuhandeln:

- 1.1 Schreiben des Kreises Mettmann vom 12.05.2010

Umweltamt:

1. Untere Wasserbehörde:

Keine Bedenken oder Anregungen.

Die in der Planung vorgesehene Versickerung des Niederschlagswassers von den Dachflächen der Neubauten über Rigolen wird ausdrücklich befürwortet.

2. Untere Immissionsschutzbehörde:

keine Anregungen

3. Untere Bodenschutzbehörde:

- Allgemeiner Bodenschutz:

keine Anregungen

- Altlasten:

Es gibt über die bestehenden Planinhalte hinaus keine Anregungen. Es wird aber darauf hingewiesen, dass das Grundwasser mit LCKW verunreinigt ist und dass nur die Nutzung zur Bewässerung unbedenklich ist. Jede höherwertige Nutzung ist nicht ohne Vorbehandlung möglich.

Empfehlung zur Abwägung:

Aufgrund der Grundwasserbelastung erfolgt auf dem Bebauungsplan der Hinweis, dass die Grundwasserentnahme nur für die Bewässerung unbedenklich ist und dass jede höhere Nutzung nicht ohne Vorbehandlung möglich ist.

Darüber hinaus wird bestätigt, dass das vorgelegte hydrogeologische Gutachten des Ingenieurbüros Müller zur Regenwasserversickerung eine genaue Beschreibung der hydraulischen Eigenschaften des Untergrundes gibt und dass die Berechnungen korrekt durchgeführt wurden.

Kreisgesundheitsamt:

Es wird angeregt, die Begründung bzw. den Umweltbericht um den „Schutzgut Mensch“ und Aussagen zur Immissionssituation zu ergänzen (auch wenn diese unkritisch ist).

Empfehlung zur Abwägung:

Der Umweltbericht ist um den Abschnitt „Schutzgut Mensch“ erweitert worden.

Planungsamt:

1. Untere Landschaftsbehörde:

- Landschaftsplan:

keine Anregungen

- Umweltprüfung / Artenschutz:

keine Anregungen

- Eingriffsregelung:

Durch die Planung entstehen geringfügige Eingriffe in Natur und Landschaft, deren Ausgleichsbedarf im Bebauungsplan beurteilt wurde.

Der Landschaftspflegerische Fachbeitrag (LFB) ging zum Zeitpunkt der Stellungnahme des Kreises von einem Kompensationsdefizit von 301,9 Punkten oder 38 qm Fläche aus. Aus Sicht der Unteren Landschaftsbehörde waren wegen der geringen Größe keine externen Maßnahmen notwendig.

Das Kompensationsdefizit konnte in der Weiterbearbeitung auf 247,1 Punkte (d.h. 95,05 %) verringert werden.

Durch den Wegfall einer Doppelhaushälfte auf dem Flurstück 696 (nach dem Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 14.07.2010, den Entwurf zum Bebauungsplan mit dieser Auflage an die Verwaltung zurück zu verweisen) wurden in diesem Bereich aber durch die Fortschreibung des LFB vom 12.08.2010 weitere Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt, die einen noch höheren Ausgleich von 95,75 % ermöglichten.

2. Planungsrecht:

Zum Planungsrecht schreibt das Planungsamt des Kreises Mettmann, seine Anregungen aus der Stellungnahme vom 27.11.09 (im Zuge der frühzeitigen Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB) seien nur zum Teil in das städtebauliche Konzept eingearbeitet worden. Seinerzeit wurden jedoch keine Anregungen zum Planungsrecht gemacht.

1.2 Schreiben der RWE Rhein-Ruhr Netzservice GmbH vom 16.04.2010

Die RWE erteilt Auskunft über die in der Niedenstraße und Eichenstraße vorhandenen Trassen. Darüber hinaus: keine Anregungen.

1.3 Schreiben des Bergisch-Rheinischen Wasserverbandes vom 13.04.2010

Es werden in dem Schreiben keine Anregungen gemacht.

1.4 Schreiben des BUND, Ortsgruppe Hilden, vom 14.05.2010

Der BUND beklagt eingangs, dass die „vorgelegte Planung zwar einige akzeptable Ansätze beinhaltet (wie z.B. die Artenschutzbetrachtung), aber deutlich eine auf die Investoreninteresse zielende und Nachbarinteressen ausgrenzende Vorhabenplanung darstellt.“ Diese Beurteilung hätten überwiegend auch die Bürger (siehe Bürgeranhörung am 24.9.09) geteilt. Es sei aber nicht erkennbar, dass deren Anregungen „abgewogen und, wo erforderlich, eingearbeitet“ wurden.

Konkret wurden folgende Punkte benannt:

1. Es wird (wie schon in der Beteiligung gem. § 4 Abs.1 BauGB) kritisiert, dass die bereits vorhandene „überstarke“ Versiegelung als Basis zur Überbauung der „ursprünglich als Gärten geplanten Grundstücksflächen“ genommen wird. Der BUND verweist auf die „seltsame Form und Ausgestaltung des B-Planes“ hin und hält es für „nicht nachvollziehbar, warum die benachbarten Flurstück 181, 676 und 316 nicht in der städtebaulichen Planung berücksichtigt würden.
2. In der Bürgeranhörung war das Hereinragen der Grundstückseinfriedungen in den Straßenraum der Eichenstraße moniert worden. Seine Beseitigung wurde vom BUND als „gute Maßnahme“ bezeichnet.
3. Der BUND bezeichnet die neue Bebauung als „Hinterbebauung“. Durch sie sei der Gartenbereich des Grundstückes Niedenstraße 30 „eingemauert“. Es wird daher angeregt, die neuen Häuser und Garagen in Richtung Eichenstraße zu verschieben und eine Garten-an-Garten-Situation zum Nachbargrundstück zu schaffen.
4. Auf diese Weise sei, so der BUND, auch die „Versickerungsproblematik“ zu lösen, da dann die erforderlichen Abstände zur Grundstücksgrenze und den unterkellerten Gebäuden einzuhalten sei. Der BUND schlägt vor, dieses mit entsprechenden Festsetzungen in den Bebauungsplan aufzunehmen.
5. Der BUND weist auf Flächen im Plangebiet hin, die nach seiner Meinung von einer Altlast und von Grundwasserunreinigungen (CKW-Fahne) betroffen sind. Es gäbe hierzu keine „klaren Aussagen, die die Unbedenklichkeit bescheinigen“. Er schlägt vor, hierzu noch die Stellungnahme des Kreises abzuwarten.
6. Der BUND stellt fest, wie es auch der Verfasser des Hydrogeologischen Gutachtens bei der Bürgeranhörung am 24.9.09 erläutert hat, dass es in der jüngsten Vergangenheit starke Schwankungen des Grundwasserspiegels gegeben habe. Er erwähnt eine Gerichts-

entscheidung, nach der „der verantwortliche Architekt die Grundwassersituation auch der Vergangenheit in eine vorsorgende Planung einzubeziehen hat.“ Dies sei in den Unterlagen nicht festzustellen.

Abschließend hält der BUND das Konzept für „noch nicht ausgereift und deshalb nicht geeignet, eine an gesunden Natur-, Boden- und Wohnverhältnissen orientierte Entwicklung in diesem Bereich zu erreichen...“.

Er schlägt vor, „dieses Verfahren bis zur Klärung der offenen Fragen und mit der Aufforderung, einen 100 % - Ausgleich zu realisieren, an den Vorhabenträger zur Überplanung zurückzugeben.“

Empfehlung zur Abwägung:

zu 1. *Eine bereits vorhandene „überstarke Versiegelung“ des Bereiches ist nicht erkennbar. Da für die neue Bebauung nur die bereits vorhandenen Erschließungsflächen genutzt werden, werden zu diesem Zweck keine weiteren Flächen versiegelt.*

Die Grundstücksflächen, die überbaut werden sollen, waren zudem bisher nicht explizit als Gärten geplant. Im Flächennutzungsplan sind hier Wohnbauflächen ausgewiesen. Zur Form des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes: die vom BUND erwähnten Flurstücke 676 (Niederstraße 26) und 316 (Niederstraße 24) einzubeziehen ergäbe wegen der dort bereits vorhandenen Bebauung keinen Sinn.

Die Einbeziehung des Flurstückes 181 (Niederstraße 30) würde das Einverständnis des Eigentümers voraussetzen, welches aber nicht gegeben wurde.

Der Verlust gesunder Wohnverhältnisse ist nicht zu befürchten. Zudem wurde im LFB, der zur Zeit der Stellungnahme die Arbeitsgrundlage war, ein Ausgleich der Maßnahmen von 95,05 % erreicht, ein für ein innerstädtisches Planungsvorhaben hohes Maß, das der angestrebten „behutsamen Nachverdichtung“ entspricht (siehe Aufstellungsbeschluss vom 10.6.09).

(Aus Sicht der Unteren Landschaftsbehörde beim Kreis Mettmann sind daher auch keine externen Maßnahmen notwendig.)

Nach dem Wegfall des Doppelhauses im Nordosten des Grundstückes nach der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 14.07.2010 konnte durch die Fortschreibung des Landschaftspflegerischen Fachbeitrages vom 12.08.2010 und die Festsetzung weiterer Ausgleichsmaßnahmen ein noch höherer Ausgleich von 95,75 % erreicht werden.

Es wird empfohlen, der Stellungnahme des BUND bei diesem Punkt nicht zu folgen.

zu 2: *Der Anregung aus der Bürgerversammlung wurde im vorliegenden Entwurf des Bebauungsplanes bereits gefolgt.*

zu 3: *Der Garten hinter dem Haus Niederstraße 30 wird nicht „eingemauert“. Der Spielplatz, der zum Haus Niederstraße 28 gehört bleibt erhalten. Das erste der drei geplanten Einfamilienhäuser ist von diesem Haus mindestens 17,50 m entfernt.*

Eine Verschiebung der geplanten Häuser in Richtung Eichenstraße, wie sie vom BUND vorgeschlagen wird, würde zum einen für die Bewohner der neuen Gebäude kaum nutzbare Gärten und zum anderen zu wenig Raum für die Versickerungsanlagen (Rigolen) zur Folge haben.

Es wird empfohlen, der Stellungnahme des BUND bei diesem Punkt nicht zu folgen.

zu 4: *Zu den Flächen für die Versickerungsanlagen (Rigolen): siehe 3.*

zu 5: *Im Plangebiet gibt es keine Flächen, die im „Altlastenkataster“ des Kreises Mettmann verzeichnet sind. Nach den Ergebnissen der flächendeckenden Altstandorterfassung des Kreises Mettmann befindet sich im Plangebiet der Altstandort (Key-Fläche) 64609 Hi (Flurstücke 674 und 677) mit den ehemaligen Nutzungen der Branchen Spedition,*

Tankstelle, Kfz-Reparatur oder Handel mit festen Brennstoffen und Mineralöl-Erzeugnissen. Daher besteht ein Altlasten-Anfangsverdacht.

Es wurde in der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs.1 BauGB vorsorglich angeregt, diese Fläche im Bebauungsplan zu kennzeichnen und den Hinweis aufzunehmen, dass die Untere Bodenschutzbehörde am baurechtlichen Genehmigungsverfahren zu beteiligen ist.

Die Fläche ist im Bebauungsplan gekennzeichnet und der Hinweis wurde in die textlichen Festsetzungen aufgenommen.

Die Untere Bodenschutzbehörde beim Kreis Mettmann hat bereits darauf hingewiesen, dass das Grundwasser mit LCKW verunreinigt ist und dass nur die Nutzung zur Bewässerung unbedenklich ist. Jede höherwertige Nutzung ist nicht ohne Vorbehandlung möglich. Aufgrund der Grundwasserbelastung erfolgt (wie unter 1 erläutert) auf dem Bebauungsplan der Hinweis, dass die Grundwasserentnahme nur für die Bewässerung unbedenklich ist und dass jede höherwertige Nutzung nicht ohne Vorbehandlung möglich ist.

Der Anregung des BUND ist damit in modifizierter Form Folge geleistet.

Zu 6: Die Schwankungen des Grundwasserspiegels in den letzten Jahren erstreckten sich über eine Fläche, die weit über Hilden hinausgeht. Ihre Ursachen sind bisher nicht geklärt.

Das vom BUND erwähnte Urteil bezieht sich auf die Bauplanung durch den verantwortlichen Architekten und eine nicht ausreichend abgedichtete Unterkellerung. Dieser Sachverhalt ist nicht Gegenstand der Bauleitplanung und damit nicht Inhalt des vorliegenden Bebauungsplanes.

Zusammenfassung:

Das Planverfahren sollte fortgesetzt und der Bebauungsplan zur Rechtskraft gebracht werden. Die Anregungen des BUND sind entweder aufgrund der Stellungnahmen des Kreises Mettmann bereits aufgenommen oder sie sind planerisch nicht sinnvoll.

1.5 Schreiben des Behindertenbeirates vom 07.05.2010

Der Behindertenbeirat gibt in seiner Stellungnahme Empfehlungen, die für konkrete Bauvorhaben von Interesse sind. Sie betreffen:

- die barrierefreie Zuwegung von der Eichenstraße zu den Häusern
- den barrierefreien Zugang in die Gebäude und die Nutzbarkeit der Eingangstür für Rollstuhlfahrer
- die Ausbildung der Flure, Türen, Treppen in die Geschosse, Fenster, Badezimmer und Gästetoiletten in den Gebäuden.

Die Empfehlungen sind für die Planung der Einzelgebäude von Wichtigkeit, können jedoch nicht als Festsetzungen in den Bebauungsplan aufgenommen werden.

1.6 Schreiben von Frau Ingrid Bulka, Schmalfeld, vom 30.04.2010

Frau Bulka ist Eigentümerin des benachbarten Grundstückes Nidenstraße 30. Sie erhebt folgende Einwände:

1. Sie sieht die drei großkronigen Buchen an der Ostgrenze ihres Grundstückes durch die drei Metallcontainer auf dem Grundstück (Flurstück 696) des Vorhabenträgers gefährdet und fragt, ob die Stadt Hilden deren Bestandsschutz garantieren könne, ob es rechtlich zulässig sei, die Wurzeln zu beschädigen und ob in diesem Falle der Vorhabenträger oder die Stadt Hilden zu Schadensersatz verpflichtet sei.

2. Sie verweist auf den Bau des Hauses Niedenstraße 28 und die „völlig unzumutbaren Baustörungen“ und fragt, ob der Antragsteller dafür sorgen könne, dass diesmal alles ordnungsgemäß abläuft. Sie fragt außerdem, ob er rechtlich verpflichtet und bereit sei, „rechtlich unvermeidbare Aufwendungen für Mietminderung in den Nachbarhäusern zu übernehmen“.
3. Frau Bulka befürchtet, dass die vorgesehene Grundstücksentwässerung bei heftigen Platzregen oder Dauerregen die Aufnahme des Niederschlagswassers nicht gewährleisten könne, so dass sich Überschwemmungen einstellen könnten. Das sei seit dem Bau des Hauses 28 in den Häusern 34 und 36 aufgetreten. Das Grundwasser flösse auf das Haus Niedenstraße 30 zu. Sie fragt, wer beim Nachweis dadurch aufgetretener Schäden, für die anfallenden Kosten aufkomme: der Investor, der hydrogeologische Gutachter oder die Stadt.
4. Das anfallende Dachwasser sollen über Rigolen versickert werden. Rigolen müssen jedoch gewartet werden. Es könne, wenn diese verstopften, zu Überschwemmungen kommen. Frau Bulka fragt, wie diese Gefahr bei heftigen Niederschlägen zu beurteilen sei und wer für Schäden aufkomme.
5. Die Planung sieht als eine der Varianten zu Energieversorgung Wärmepumpen vor. In der Bürgeranhörung wurde hingegen gesagt, dass keine „geothermale Energiegewinnung“ mehr vorgesehen sei. Frau Bulka fragt, ob diese Aussage juristisch verbindlich sei. Sie sieht für den Fall von Bohrungen die Gefahr von „massiven Erd- und Hauseinstürzen“ wie in Kamen oder Baden-Württemberg.
6. Der erste Antrag des Investors im Jahre 2007 sei vom Bürgermeister wie folgt beantwortet worden: „Nach § 34 BauGB können nach Einschätzung der Verwaltung die Grundstücke im Eckbereich Niedenstr./Eichenstr. nur entlang der Straße bebaut werden und ... kann aus Sicht des Planungs- und Vermessungsamtes einer Bebauung der rückwärtigen Grundstücke nicht zugestimmt werden.“
Nach Frau Bulkas Meinung ist es „sehr erstaunlich, inwiefern sich der Wind dieser Beurteilung politisch inzwischen gedreht hat.“

Empfehlung zur Abwägung:

Das Schreiben bezieht sich auf den Bebauungsplanentwurf, der in der Zeit vom 12.04.2010 bis 14.05.2010 öffentlich ausgelegen hat. Zu den einzelnen Punkten wird wie folgt Stellung genommen:

- zu 1. *Der Abstand der Bäume auf dem angrenzenden Grundstück Niedenstraße 30 entspricht nicht dem gem. § 41 NachB-NRW (Nachbarrechtsgesetz Nordrhein-Westfalen) geforderten Grenzabstand. Sie genießen jedoch aufgrund des Alters und der langjährigen Duldung Bestandsschutz. Gemäß dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB 1 § 190) hat ein Eigentümer das Recht, Wurzeln und Zweige eines Baumes, die von einem Nachbargrundstück eingedrungen sind, zu entfernen, sofern sie eine Beeinträchtigung seines Grundstückes darstellen. Das heißt z.B. bei einer Nutzung der heute von den Wurzeln aufgeworfenen Fläche als Weg, Terrasse o.ä. dürfte der Eigentümer die Wurzeln entfernen. (Dass der Vorhabenträger mit seinen Containern den Abstand von 3 m einzuhalten hat, ist in diesem Zusammenhang nicht primär von Belang, da diese seit Jahren dort stehen und den Bäumen nicht geschadet haben.)*

Juristisch ist die Situation damit eindeutig, jedoch sollte man den Beitrag der Bäume zur Verbesserung der Wohnumfeldqualitäten (der bestehenden und der geplanten

Bauten) sehen. Es ist daher zu empfehlen, dass der Vorhabenträger mit Frau Bulka eine Vereinbarung auf freiwilliger Basis trifft.

- zu 2. Der Ablauf von Baumaßnahmen ist nicht Gegenstand der Bebauungsplanung, sondern des Baurechts, des Nachbarrechts (hier: des Hammerschlags- und Leiterrechts), der Baustellenverordnung etc. Zusätzlich gelten die Bestimmungen des Durchführungsvertrages zum VEP.
- zu 3. Es ist im Bebauungsplan vorgesehen (und im Durchführungsvertrag enthalten), dass die Versickerung des Dachflächenwassers der Neubauten über Rigolen geschieht. Mittels der Rigolen wird dafür gesorgt, dass dieses Wasser in die versickerungsfähige Bodenschichtungen gelangt. Das quantitative Aufkommen an Wasser, das auf dem gesamten Grundstück versickert werden muss, ist mit oder ohne Neubauten identisch. Die Baugrunduntersuchung am 9.7.2009 ergab einen Grundwasserhorizont, der zwischen 3,2 und 3,5 m unter dem jeweiligen Geländeniveau liegt. Nach Unterlagen, die vom Kreis Mettmann (Untere Bodenschutzbehörde) zur Verfügung gestellt wurden, beträgt die Schwankung des Grundwasserhorizontes über einen Zeitraum von 6 Jahren etwa 0,65 m. Die Rigolen sind mit dem entsprechenden technischen Regelwerk so ausgelegt, dass die Einleitung des Dachflächenwassers in den tieferen Untergrund das Niveau des Grundwassers nicht bzw. nur unwesentlich verändert.
- zu 4. Der Vorhabenträger verpflichtet sich gem. VEP und Durchführungsvertrag (sowie dem Entwässerungsentwurf beim Bauantrag) zum Bau der Rigolen und ihrer fachgerechten Unterhaltung.
- zu 5. Gemäß Bebauungsplan (Begründung Punkt 5) hat die vorgesehene Bebauung den Energiestandard KfW 40 einzuhalten. Außerdem ist die Warmwasserversorgung über Solaranlagen und/oder die Heizung durch Wärmepumpen festgeschrieben.

Für den Fall der Beheizung durch Wärmepumpen:

Hier handelt es sich um „Oberflächennahe Geothermie“ zum Heizen von Einzelgebäuden mit Bohrungen von ca. 5 bis maximal 10 m.

Sie darf nicht mit der „Tiefen-Geothermie“ verwechselt werden, die zur Nutzung im Wärmemarkt dient und für die Bohrungen bis zu mehreren hundert Metern notwendig sind.

Die Gefahr von Erd- und Hauseinstürzen durch Wärmepumpen besteht nicht.

- zu 6. Die Ablehnung des Antrages von 2007 auf der Basis des § 34 BauGB durch den Bürgermeister ist folgerichtig. Nach § 34 ist „ein Vorhaben zulässig, wenn es sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt...“ . Daher ist ein Bebauungsplan die notwendige Voraussetzung für eine Nachverdichtung und Bebauung im Blockinnenbereich.

Nach der öffentlichen Auslegung wurde durch Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 14.07.2010 der Bebauungsplanentwurf geändert. Die Baumöglichkeit für ein bisher vorgesehene Doppelhaus im rückwärtigen Bereich der Grundstücke Flur 3 Flurstücke 696 und 314 (Eichenstraße 114 und 112) entfällt.

Mit Schreiben vom 02./03.08.2010 wurde gemäß § 4 Abs. 2 Satz 4 Baugesetzbuch die von der Änderung betroffene Öffentlichkeit (u.a. auch Frau Ingrid Bulka) um Stellungnahme gebeten.

Im Auftrag von Frau Bulka hat Herr Michael Krause geantwortet und dem „Kompromissvorschlag“ zugestimmt. (> siehe Beschluss 1.18)

Durch die Reduzierung der Neubaumöglichkeiten wurde den Anregungen zum Teil gefolgt.

1.7 Schreiben von Frau Lilly Krause vom 28.04.2010

Frau Krause ist mit dem Bebauungsplan aus folgenden Gründen nicht einverstanden:

- Mit dem Vorhaben wird eine der letzten Grünflächen im Hildener Westen beseitigt.
- Als sie dort vor etwa 40 Jahren dort gebaut hat, war die Niedenstraße ein „weitgehend unerschlossenes landwirtschaftliches Gebiet“.

Damals durfte sie in ihrem Garten „nicht einmal ein kleines Steinhaus für Gartengeräte errichten“ und beklagt, „für dieses Gerätehaus nicht das Instrument des Bebauungsplanes gewählt zu haben und politische Interessen hinter uns gebündelt zu haben“.

Mit diesem Instrument könne man heute wohl „völlig überdimensionierte Häuser (z.B. Niedenstraße 28) bauen. Es sei für sie als „seit 50 Jahren in Hilden wohnende Bürgerin ... erschreckend, dass man mit diesen Instrumenten die Politik offenbar dazu bewegen kann, ein städtebauliches Chaos wie auf der Eichen- und Niedenstraße bereits geschehen, anzurichten“.

- Ebenso wie ihre Tochter, Frau Bulka, spricht sie intensiv das Thema „Grundwasser“ an.
- Zum Abschluss des Briefes kündigt sie an, sich nicht noch einmal (wie bei den bisherigen Bauten des Vorhabenträgers) ruhig zu verhalten, wenn „Baumaßnahmen zu unzulässigen Zeiten in unzulässiger Form durchgeführt“ werden. Man werde „nötigenfalls rechtliche Schritte dagegen einleiten“.

Empfehlung zur Abwägung:

Das Schreiben bezieht sich auf den Bebauungsplanentwurf, der in der Zeit vom 12.04.2010 bis 14.05.2010 öffentlich ausgelegen hat. Zu den einzelnen Punkten wird wie folgt Stellung genommen:

Die Enttäuschung von Frau Krause, die seit 40 Jahren in der Niedenstraße wohnt, über die zunehmende Verdichtung und Verstädterung des einstmaligen „landwirtschaftlichen Gebietes“ ist verständlich.

Es ist jedoch anzumerken, dass sich auf dem Grundstück Niedenstraße 28 von 1969 bis 1987 ein Betrieb zur Herstellung von Kunststoffwaren und Fertigsteilen aus Holz befand. (Deshalb hat die Untere Bodenschutzbehörde des Kreises Mettmann dieses Grundstück als Altlastenverdachtsfläche eingestuft.)

Der wichtigste Grund für die Veränderung dieses Gebietes ist jedoch, dass Hilden in dieser Zeit eine rasantes Bevölkerungswachstum und eine starke wirtschaftliche Entwicklung erlebt hat. Heute ist es mit 2.180 Einwohnern pro Quadratkilometer die Stadt mit der höchsten Bevölkerungsdichte im Kreis Mettmann. (Zum Vergleich: Erkrath 1.771 und Langenfeld 1.435). Dazu ist der Hildener Westen bereits seit mehr als 40 Jahren als gewerbliche Baufläche in den Planwerken der Stadt enthalten.

Das Instrument des Bebauungsplanes wurde in diesem Bereich erst relativ spät angewandt: lediglich westlich der Niedenstraße gab es Bebauungspläne, die vor allem Gewerbegebiete zum Inhalt hatten. (Erst 2006 wurden Wohngebiete mit der 2. Änderung in den B-Plan Nr.103 aufgenommen.)

Die Mischung von Gebäuden auf der Nieden- und Eichenstraße basiert also gerade nicht auf Bebauungsplänen, sondern auf Entscheidungen nach § 34 BauGB!

Zu den Themen „§ 34 BauGB“, „Grundwasser“ und „Baumaßnahmen“:

> siehe die Punkte: zu 6, zu 3 und zu 2 in den Anmerkungen zur Stellungnahme von Frau Bulka. (Beschluss: 1.6)

Nach der öffentlichen Auslegung wurde durch Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 14.07.2010 der Bebauungsplanentwurf geändert. Die Baumöglichkeit für ein bisher vorgesehene Doppelhaus im rückwärtigen Bereich der Grundstücke Flur 3 Flurstücke 696 und 314 (Eichenstraße 114 und 112) entfällt.

Mit Schreiben vom 02./03.08.2010 wurde gemäß § 4 Abs. 2 Satz 4 Baugesetzbuch die von der Änderung betroffene Öffentlichkeit (u.a. auch Frau Lilly Krause) um Stellungnahme gebeten.

Im Auftrag von Frau Krause hat Herr Michael Krause geantwortet und dem „Kompromissvorschlag“ zugestimmt. (> siehe Beschluss 1.18)

Durch die Reduzierung der Neubaumöglichkeiten wurde den Anregungen zum Teil gefolgt.

1.8 Schreiben von Frau Ingeborg Edlerherr vom 28.04.2010

Frau Edlerherr möchte sich über den Bebauungsplan beschweren. Sie begründet die wie folgt (Nummerierung hinzugefügt):

1. Frau Edlerherr beklagt sich eingangs über den Bau des Hauses Niedenstraße 28 und die Nachteile, die dieser für ihre Wohnqualität mit sich gebracht habe.

Auch heute würde die Stellplatzzufahrt dieses Hauses schon von Kindern als Rollstrecke genutzt.

Frau Edlerherr befürchtet nun, dass dadurch, dass „die große Wiese hinter dem Haus 28 beseitigt wird, ... die Kinder noch viel eher auf die Stellplatzzufahrt ausweichen“ würden.

2. Sie befürchtet, dass zahlreiche Vogelarten, die erhaltenswert sind, „durch die Bauarbeiten vernichtet“ würden. Für alle Nachbarn sei auch der Verlust von Kohlmeisen, Distelfinken, Rotkehlchen und einigen anderen Arten sehr bedauerlich. Die Qualität entsprechender Gutachten zweifelt sie an.

Anders als in den Planungsunterlagen und Gutachten ausgesagt, handle es sich bei dem Grundstück des Vorhabenträgers um eine „schöne Gartenfläche mit angrenzenden Bäumen, die von vielen Vogelarten bewohnt werden“.

Lediglich der Teil der Grundstücke, der durch Zäune abgetrennt sei, „stellt eine Schmutzdecke dar“. Diesem Missstand könne man aber auch „anders abhelfen als die Fläche zu bebauen“.

Empfehlung zur Abwägung:

Das Schreiben bezieht sich auf den Bebauungsplanentwurf, der in der Zeit vom 12.04.2010 bis 14.05.2010 öffentlich ausgelegt hat. Zu den einzelnen Punkten wird wie folgt Stellung genommen:

zu 1. *Der Bau des Gebäudes Niedenstraße 28 kann in diesem Kontext nicht mehr Gegenstand der Erörterung sein. Es muss aber darauf hingewiesen werden, dass der Spielplatz auf dem Grundstück Niedenstraße 28 erhalten bleibt.*

Zu 2. *Bei der „Artenschutzrechtlichen Ersteinschätzung“ (d.h. dem faunistischen Gutachten) geht es darum, mögliche Potentiale im Hinblick auf planungsrelevante Arten und naturschutzfachlich bedeutsame Arten (Rote Liste-Arten, Vorwarnliste-Arten) aufzuzeigen. Die Auswahl der hier zu beachtenden Arten ist durch die EU-Kommission, das Bundes-*

amt für Naturschutz bzw. das Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW (MUNLV) vorgegeben.

Auch wenn die privaten Interessen der Anwohner und ihre Vorbehalte gegen das Vorhaben vielleicht verständlich sind, können artenschutzrechtliche Argumente nicht gegen die Planung verwandt werden: selbst wenn planungsrelevante Arten im Planungsgebiet vorkommen sollten, ist der Eingriff nur dann unzulässig, wenn essentielle Habitate dieser Arten erheblich beeinträchtigt oder zerstört würden (ohne dass dies durch funktionserhaltende Maßnahmen ausgeglichen werden kann oder wenn der Zustand der lokalen Population sich verschlechtert).

Bei den relativ weit verbreiteten planungsrelevanten Arten (wie z.B. Sperber, Grünspecht, Mehlschwalbe oder Zwergfledermaus) ist dies in der Regel nicht der Fall. Von diesen Arten wurden im Zuge der „Artenschutzrechtlichen Ersteinschätzung“ im Planungsbereich keine Anzeichen zu „reproduktivem Vorkommen“, d.h. Mehlschwalben-Altnester, besondere Quartiersstrukturen (Spalten an Gebäuden, Baumhöhlen etc.) gefunden.

Auch der Verlust von kleinflächigen „Teilnahrungshabitaten“ (Nahrungsquellen) führt hier nicht zu einer Verschlechterung des Zustandes der lokalen Populationen.

Zu den vorkommenden Vogelarten:

In Bereichen wie dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist ein Artenspektrum häufiger und urbanophiler Arten zu erwarten.

Während der Begehung wurden folgende ubiquitäre und nicht planungsrelevante Arten nachgewiesen: Türkentaube, Amsel, Singdrossel, Kohlmeise, Blaumeise, Buchfink, Stieglitz, Rotkelchen und Heckenbraunelle.

Nach der öffentlichen Auslegung wurde durch Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 14.07.2010 der Bebauungsplanentwurf geändert. Die Baumöglichkeit für ein bisher vorgesehenes Doppelhaus im rückwärtigen Bereich der Grundstücke Flur 3 Flurstücke 696 und 314 (Eichenstraße 114 und 112) entfällt.

Mit Schreiben vom 02./03.08.2010 wurde gemäß § 4 Abs. 2 Satz 4 Baugesetzbuch die von der Änderung betroffene Öffentlichkeit (u.a. auch Frau Ingeborg Edlerherr) um Stellungnahme gebeten.

Frau Edlerherr hat zu der beabsichtigten Änderung des Bebauungsplanentwurfs keine Stellung genommen.

Durch die Reduzierung der Neubaumöglichkeiten wurde den Anregungen zum Teil gefolgt.

1.9 Schreiben von Frau Else Ciupek vom 29.04.2010

Frau Ciupek schreibt, dass das Grundstück Niedenstraße 28 vor 50 Jahren noch landwirtschaftliche Fläche gewesen sei. Sie findet es daher unverständlich, dass zusätzlich zu dem Haus Nr. 28 noch weitere Gebäude auf den früheren Obst- und Gemüsegarten gesetzt werden sollen.

Sie hat im einzelnen noch folgende Fragen bzw. Anmerkungen:

1. Da sich der Grundwasserspiegel in den letzten Jahren erhöht habe, hat sie die Sorge, dass ihr Haus durch einen überschwemmten Keller Schaden nehmen könne. Sie fragt, ob der Vorhabenträger für den Schaden aufkommen werde, wenn man später einen ursächlichen Zusammenhang zwischen seinen Bauten und dem Schaden nachweisen könne.
2. Sie fragt, ob der Vorhabenträger sich nachträglich an den Erschließungskosten der Eichenstraße beteiligen müsse oder Nutznießer dieser Erschließung sei.

3. Sie fragt unter Hinweis auf den Bau des Hauses Niederstraße 28, ob der Investor beim Bau der neuen Häuser die gesetzlichen Vorschriften einhalten werde.
4. Frau Ciupek hat den Eindruck, dass es keinen „einflussreichen politischen Fürsprecher“ für den Hildener Westen gibt. Es sei immer mehr Industrie angesiedelt worden und die Sie fragt, ob das so weitergehen solle.

Abschließend bezeichnet sie das Fehlen eines Gesamtkonzeptes, das vor Bau des Hauses 28 hätte erstellt werden müsse, als „städtebauliche Flickschusterei und ... kein Ruhmesblatt für Politik und Planungsamt“. Sie bittet, die Bauverdichtung zu reduzieren.

Empfehlung zur Abwägung:

Das Schreiben bezieht sich auf den Bebauungsplanentwurf, der in der Zeit vom 12.04.2010 bis 14.05.2010 öffentlich ausgelegen hat. Zu den einzelnen Punkten wird wie folgt Stellung genommen:

zu 1. zum Thema „Grundwasser“:

*> siehe den Punkt zu 3 in den Anmerkungen zur Stellungnahme von Frau Bulka.
(Beschluss 1.6)*

zu 2. zu den Erschließungsbeiträgen:

Das Erheben und das Zahlen von Erschließungsbeiträgen ist nicht Gegenstand des Bauleitplan-Verfahrens, sondern unterliegt nachgeschalteten Rechts- und Verfahrensvorschriften. Auf einer abstrakten Ebene kann gesagt werden, dass grundsätzlich alle die Grundstückseigentümer entlang der Eichenstraße für die genannte Straßenbaumaßnahme herangezogen wurden, die innerhalb eines definierten Abrechnungsgebietes lagen. Dies gilt auch für den Vorhabenträger, sollte er zum damaligen Zeitpunkt schon Eigentümer gewesen sein.

zu 3. zum Bauablauf:

*> siehe Punkt zu 2 in den Anmerkungen zur Stellungnahme von Frau Bulka.
(Beschluss 1.6)*

zu 4. *Die Zukunft des Hildener Westens ist Gegenstand der Stadtentwicklungsplanung, die sich im konkret im Flächennutzungsplan niederschlägt. Der vorgelegte Bebauungsplan ist aus dem Flächennutzungsplan entwickelt. Die Entwicklung des Hildener Westens zu einem der wichtigsten Gewerbestandorte ist das Ergebnis eines jahrzehntealten Prozesses, der sich auch in den Planwerken der Stadt Hilden – als Resultat entsprechender politischer Entscheidungen – nieder geschlagen hat.*

Nach der öffentlichen Auslegung wurde durch Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 14.07.2010 der Bebauungsplanentwurf geändert. Die Baumöglichkeit für ein bisher vorgesehenes Doppelhaus im rückwärtigen Bereich der Grundstücke Flur 3 Flurstücke 696 und 314 (Eichenstraße 114 und 112) entfällt.

Mit Schreiben vom 02./03.08.2010 wurde gemäß § 4 Abs. 2 Satz4 Baugesetzbuch die von der Änderung betroffene Öffentlichkeit um Stellungnahme gebeten.

Durch die Reduzierung der Neubaumöglichkeiten wurde den Anregungen zum Teil gefolgt.

1.10 Schreiben der Eheleute Zimmermann vom 29.04.2010

Die Eheleute Zimmermann möchten verhindern, dass während des Baus der geplanten Häuser „über Monate wieder Baulärm entsteht, bei dem man sich an keine Regeln hält“. Außerdem möchten sie zur Kenntnis geben, dass sie dagegen sind, „ dass die letzten privaten Grünflächen im Hildener Westen nun auch noch zugebaut werden sollen“.

Empfehlung zur Abwägung:

Zu den Themen Bauablauf / Baulärm:

*> siehe Punkt zu 2 in den Anmerkungen zur Stellungnahme von Frau Bulka.
(Beschluss 1.6)*

Die Ablehnung des Bebauungsplanes wird zur Kenntnis genommen.

Nach der öffentlichen Auslegung wurde durch Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 14.07.2010 der Bebauungsplanentwurf geändert. Die Baumöglichkeit für ein bisher vorgesehene Doppelhaus im rückwärtigen Bereich der Grundstücke Flur 3 Flurstücke 696 und 314 (Eichenstraße 114 und 112) entfällt.

Mit Schreiben vom 02./03.08.2010 wurde gemäß § 4 Abs. 2 Satz 4 Baugesetzbuch die von der Änderung betroffene Öffentlichkeit um Stellungnahme gebeten.

Durch die Reduzierung der Neubaumöglichkeiten wurde den Anregungen zum Teil gefolgt.

1.11 Schreiben von Frau Cordula Hinrichs vom 02.05.2010

Frau Hinrichs möchte als Bewohnerin der Niedenstraße zum Ausdruck bringen, dass sie „mit dem Bebauungsplan in seiner jetzigen Form nicht einverstanden“ ist.

Zunächst weist sie jedoch darauf hin, dass sie an der Seriosität der „vom Investor selbst in Auftrag gegebenen Gutachten bzw. Ersteinschätzungen starke Zweifel“ hat.

Im Folgenden führt sie folgende Einzelthemen auf:

1. Die „Artschutzrechtliche Ersteinschätzung“ (Büro Lill + Sparla) empfindet sie als fragwürdig.
So erwecke bereits das Titelblatt einen falschen Eindruck von der Fläche, die nun bebaut werden soll. Es zeige nicht die „schöne Wiese und die sie umgebenden Bäume“.
Die Aussage des Gutachtens, dass „der Untersuchungsraum im Hinblick auf des Vorkommen planungsrelevanter Arten .. als geringstwertig anzusehen“ ist, ist nach Frau Hinrichs' Meinung vielleicht sogar gerechtfertigt. Sie hält sie jedoch für „absurd“ wenn der größere Raum betrachtet worden wäre.
Sie bezweifelt die Aussage des Gutachters zu den im Plangebiet vorkommenden Vogelarten, die in „hohem Maße zur Lebensqualität“ beitragen und zu den planungsrelevanten Arten.
2. Dem beauftragten Stadtplanungsbüro (Hamann | Stadtplaner + Architekten) wirft Frau Hinrichs vor, mit dem Protokoll der Bürgeranhörung „in keiner Weise den Unmut und die aufgebrachte Stimmung der Bürger“ widerzuspiegeln.
3. Frau Hinrichs spricht im Folgenden die drei Bäume an der Ostgrenze des Grundstückes Niedenstraße 30 (Eigentümerin: Frau Ingrid Bulka) an. Sie fürchtet, dass die Baumaßnahmen zur Zerstörung der Bäume führen würden und fragt, ob man den Investor zwingen könne, „sich um das Wohl der Bäume zu kümmern“.
4. Sie bittet, zu prüfen, ob bei Herrn Spelter mit der gleichzeitigen Mitgliedschaft im Stadtentwicklungsausschuss und seiner Rolle als beauftragter Vermessungsingenieur nicht eine Interessenkollision vorliegt.
5. Sie merkt an, dass die Interessen und die Lebensqualität der um das Grundstück wohnenden Menschen zu Gunsten des Investors missachtet werden, „wenn der Bebauungsplan in der jetzigen Form angenommen wird“.

Zum Abschluss spricht Frau Hinrichs die Situation des Stadtteiles an: Sie hat den Eindruck, „dass man den Hildener Westen für die Wohnbevölkerung endgültig abgeschlossen und zur Zuzementierung freigegeben hat“. Und „wie stellen sich die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses die Zukunft des Hildener Westens vor?“

Empfehlung zur Abwägung:

Das Schreiben bezieht sich auf den Bebauungsplanentwurf, der in der Zeit vom 12.04.2010 bis 14.05.2010 öffentlich ausgelegt hat. Zu den einzelnen Punkten wird wie folgt Stellung genommen:

zu 1. Der Gutachter hat primär zwar den Bereich des Bebauungsplanes untersucht dabei jedoch das Umfeld im Blick gehabt.

Zitat: „Das Baufeld ist von auf unterschiedlicher Art und Weise genutzten Garten- und Hinterhofparzellen umgeben und besitzt durch Zerschneidungseffekte von Verkehrswegen und versiegelten Flächen keinerlei Anbindung an die freie Landschaft“.

Bei der erwähnten „Wiese“ handelt es sich definitionsgemäß nicht um eine Wiese (langrasige aus schnitt-toleranten Arten bestehende Grünlandformation, die maximal 3 - 4 mal im Jahr gemäht wird) sondern um einen extensiv genutzten bzw. aufgelassenen Vielschnittrasen.

Bezüglich der planungsrelevanten Arten und der vorkommenden Vogelarten:

> siehe Anmerkungen zum 2. Absatz der Stellungnahme von Frau Ingeborg Edelherr. (Beschluss 1.8)

zu 2. Das Protokoll wurde vom beauftragten Stadtplanungsbüro geschrieben und von der Verwaltung gegengelesen und ergänzt.

zu 3. Zu den Bäumen auf dem Grundstück Niedenstraße 28:

> siehe Punkt zu 1 in den Anmerkungen zur Stellungnahme von Frau Lilly Krause. (Beschluss 1.7)

zu 4. Mit den Vermessungsleistungen im Zuge des Bebauungsplanes ist Herr Thorsten Spelter, öffentlich bestellter Vermessungsingenieur, Erkrath, betraut. Dies ist von dem Ratsherren Jürgen Spelter zu trennen.

Die Zukunft des Hildener Westens ist Gegenstand der Stadtentwicklungsplanung, die sich konkret im Flächennutzungsplan niederschlägt. Der vorgelegte Bebauungsplan ist aus dem Flächennutzungsplan entwickelt. Die Entwicklung des Hildener Westens zu einem der wichtigsten Gewerbestandorte ist das Ergebnis eines jahrzehntealten Prozesses, der sich auch in den Planwerken der Stadt Hilden – als Resultat entsprechender politischer Entscheidungen – nieder geschlagen hat.

Nach der öffentlichen Auslegung wurde durch Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 14.07.2010 der Bebauungsplanentwurf geändert. Die Baumöglichkeit für ein bisher vorgesehenes Doppelhaus im rückwärtigen Bereich der Grundstücke Flur 3 Flurstücke 696 und 314 (Eichenstraße 114 und 112) entfällt.

Mit Schreiben vom 02./03.08.2010 wurde gemäß § 4 Abs. 2 Satz 4 Baugesetzbuch die von der Änderung betroffene Öffentlichkeit um Stellungnahme gebeten.

Durch die Reduzierung der Neubaumöglichkeiten wurde den Anregungen zum Teil gefolgt.

1.12 Schreiben von Herrn Peter Krause vom 09.05.2010

Herr Krause erhebt gegen den Bebauungsplan nachfolgende Einwände und bittet um die Klärung der damit verbundenen Fragen:

1. Er erwähnt ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf aus dem Jahre 2001, in dem auf Klagen zweier Nachbarn die Genehmigung zur Errichtung von Einfamilienhäusern im Hinterland der Grazer Straße in Duisburg, die die Stadt erteilt hatte, aufgehoben wurde. Das Gericht stellte fest, dass die Bebauung das Rücksichtsgebot gegenüber den Nachbarn verletze.
Herr Krause fragt, inwiefern sich die Rechtslage inzwischen geändert habe.
Er verweist außerdem auf die Aussage des Bürgermeisters aus dem Jahre 2007 zum ersten Antrag des Investors.
(> siehe: Punkt 6 in der Stellungnahme von Frau Bulka, in dem die gleiche Frage gestellt wird).
2. Herr Krause erwähnt die verschiedenen Gutachten in Zusammenhang mit der Bebauungsplanung. Seine Darlegungen entsprechen inhaltlich etwa denen, die Frau Hinrichs abgegeben hat.
(> siehe: Punkt 1 in der Stellungnahme von Frau Hinrichs.)
3. Des weiteren spricht Herr Krause das Thema „Grundwasser“ an.
In diesem Punkt entspricht seine Stellungnahme inhaltlich der von Frau Bulka.
(> siehe: Punkt 3 der Stellungnahme von Frau Bulka)
4. Zum Thema „Rigolen“ und deren Wartung entspricht die Frage der von Frau Bulka. (> siehe: Punkt 4 in der Stellungnahme von Frau Bulka.)
5. Herr Krause sieht Probleme beim Einsatz von Wärmepumpen. Die gestellte Frage ist identisch mit der von Frau Bulka.
(> siehe: Punkt 5 in der Stellungnahme von Frau Bulka.)
6. Herr Krause verweist auf den Bau des Hauses Niedenstraße 28 und die „völlig unzumutbaren, häufig über das gesetzlich Erlaubte hinausgehende Baustörungen“ und fragt, ob der Antragsteller das dieses Mal ausschließen könne. Er fragt außerdem, ob er bereit sei, Aufwendungen für Mietminderung in den Nachbarhäusern zu übernehmen.
(> dazu siehe: Punkt 2 der Stellungnahme von Frau Bulka.)
7. Nach Herr Krauses Aussage stellt die Planung „nach Ansicht der meisten Anlieger eine unzumutbare Hinterhofbebauung - ohne Rücksicht auf sozialgerechte Bodennutzung – dar.“ Er verweist auf die Unterschriftenliste von 67 Bürgern dar, die vor einigen Monaten dem damaligen Bürgermeister übergeben worden sei.
Die Aussage von Herrn Groll vom Planungs- und Vermessungsamt, es habe sich dabei um ein Protestschreiben gehandelt, weist er zurück. Er will stattdessen die Unterschriftenliste als gegen den jetzigen Antrag gerichtet sehen.
Er stellt die Frage, ob das Interesse des einzelnen Investors mehr wiegt als die Interessen der meisten Anlieger.
8. Da er eine zu starke „Bauverdichtung“ befürchtet möchte Herr Krause folgende Fragen beantwortet haben:
 - a. Wird bei der Vermessung jedes Flurstück einzeln behandelt oder sieht man das ehemalige Grundstück Niedenstraße 28 (mit dem existierenden Gebäude) als Einheit?
 - b. Wird die Zuwegung der geplanten Garagen bei der Bemessung der „zugebauten Flächen“ berücksichtigt, und ist davon auszugehen, dass keine Bodenversiegelung stattfindet?
 - c. Wie hoch ist die Firsthöhe des vorgesehenen Doppelhauses.

9. Durch die neuen Häuser, die nach Herrn Krauses Verständnis nur Carports für die Eigentümer haben sollen, wird, so befürchtet Herr Krause, die Parkplatznot voraussichtlich größer. Herr Krause wünscht eine Einschätzung der Entwicklung der Parkplatzsituation.

Empfehlung zur Abwägung:

Das Schreiben bezieht sich auf den Bebauungsplanentwurf, der in der Zeit vom 12.04.2010 bis 14.05.2010 öffentlich ausgelegen hat. Zu den einzelnen Punkten wird wie folgt Stellung genommen:

- zu 1. *Die rechtliche Situation der Bauvorhaben in Duisburg, dessen Genehmigung vom Verwaltungsgericht aufgehoben wurde, ist nicht mit dem (nach einem Bebauungsplan zu genehmigenden) Vorhaben in Hilden vergleichbar.*

Die Stadt Duisburg hatte ganz offensichtlich eine Baugenehmigung nach § 34 BauGB erteilt, der Spielraum für Auslegungen lässt (vergl. die einschlägigen Kommentare). Hätte es jedoch in dem Bereich in Duisburg, in dem das Bauvorhaben lag, einen Bebauungsplan gegeben, wäre es nicht zu diesem Urteil gekommen.

Die Nachverdichtung von Wohngebieten, die heute allgemein ein wichtiges Ziel der Stadtentwicklung ist, ist ohne die Verbindliche Bauleitplanung (Bebauungspläne) nicht darstellbar.

Die Ablehnung des Antrages von 2007 auf der Basis des § 34 BauGB durch den Bürgermeister ist folgerichtig. Nach § 34 ist „ein Vorhaben zulässig, wenn es sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt...“.

Daher ist ein Bebauungsplan die notwendige Voraussetzung für eine Nachverdichtung und Bebauung im Blockinnenbereich.

- zu 2. *> siehe: die Antwort zu Punkt 1 in der Stellungnahme von Frau Hinrichs (Beschluss 1.11)*

- zu 3. *> siehe: die Antwort zu Punkt 3 in der Stellungnahme von Frau Bulka (Beschluss 1.6)*

- zu 4. *> siehe: die Antwort zu Punkt 4 in der Stellungnahme von Frau Bulka (Beschluss 1.6)*

- zu 5. *> siehe: die Antwort zu Punkt 5 in der Stellungnahme von Frau Bulka (Beschluss 1.6)*

- zu 6. *> siehe: die Antwort zu Punkt 2 in der Stellungnahme von Frau Bulka (Beschluss 1.6)*

- zu 7. *Die im Juni 2009 beim Bürgermeister abgegebene Unterschriftenliste kann sich entgegen der Meinung von Herrn Krause nicht pauschal auf diesen Antrag beziehen. Zum einen hat erst nach der Bürgeranhörung vom 24. September 2009 der Stadtentwicklungsausschuss am 24.2.2010 den Beschluss zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB gefällt.*

Zum anderen lagen im Juni 2009 noch nicht alle Gutachten und Planungen vor (die im Übrigen mit den zuständigen Behörden gem. § 4 Abs.1 BauGB abgestimmt wurden).

Schließlich gibt es auch für Planungsverfahren die Pflicht zur Einhaltung von Fristen:

Die Offenlage fand zwischen dem 12.4 und dem 14.5. 2010 statt.

Das Procedere bei Bebauungsplanverfahren ist durch das Baugesetzbuch geregelt.

Die einfache Quantität der Unterschriften kann die Qualität der Entscheidungen der politischen Gremien nicht steuern.

- zu 8. a. *Die beiden auf dem ehemaligen Grundstück Niedenstraße 28 geplanten Einfamilienhäuser sind auf dem Bebauungsplan in einem separaten Gebiet der Art und des*

Maßes der baulichen Nutzung zusammengefasst:

Reines Wohngebiet / nur Einfamilienhäuser zulässig / eingeschossig / GRZ 0,4 / GFZ 0,8 / Satteldach mit Neigung zwischen 38° und 45° / Firsthöhe maximal 52,5 m ü.N.N. das entspricht ca. 9,00 m.

- b. Die Zuwegung der geplanten Garagen auf den Grundstücken ist mit Rasenfugenpflaster belegt und werden daher in der Eingriffsbilanzierung zwischen versiegelten und Rasenflächen eingeordnet
Zusätzliche Flächen für den Verkehr werden nicht versiegelt.
Für die Dächer der Garagen oder Carports ist extensive Dachbegrünung gem. den Richtlinien der Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e.V. (FLL) vorgesehen.*
- c. Die Firsthöhe des Doppelhauses ist mit maximal 52,4 m ü.N.N. festgelegt. Das entspricht ca. 8,70 m über dem Gelände.*

zu 9. Die einzelnen Grundstücke bieten neben den Garagen/ Carports noch auf den Zufahrten ausreichend Platz für mögliche Zweitwagen oder Gäste. Mit einer Verschärfung der Stellplatzsituation ist (mit Ausnahme gelegentlicher Anlieferungen) nicht zu rechnen.

Nach der öffentlichen Auslegung wurde durch Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 14.07.2010 der Bebauungsplanentwurf geändert. Die Baumöglichkeit für ein bisher vorgesehene Doppelhaus im rückwärtigen Bereich der Grundstücke Flur 3 Flurstücke 696 und 314 (Eichenstraße 114 und 112) entfällt.

Mit Schreiben vom 02./03.08.2010 wurde gemäß § 4 Abs. 2 Satz4 Baugesetzbuch die von der Änderung betroffene Öffentlichkeit um Stellungnahme gebeten.

Durch die Reduzierung der Neubaumöglichkeiten wurde den Anregungen zum Teil gefolgt.

1.13 Schreiben der Eheleute Merx vom 11.05.2010

Herr und Frau Merx geben in einer sehr kurzen Stellungnahme zur Kenntnis, dass sie mit dem Bebauungsplan nicht einverstanden sind. Sie nennen dafür folgende Gründe:

- die geplante „Bauverdichtung“ sei zu stark
- dabei wird die Situation im „Hildener Westen“ angesprochen (Straßenverkehr, Industrie oder u.a. Spielhallen)
- eine zusätzliche Belastung käme jetzt mit der geplanten Bebauung im Hinterland
- ihnen gefällt ihr Umfeld so wie es heute ist („schöne Wiesen und die sie umgebenden Bäume“)
- die „weitere Verschlechterung der Parksituation“ wird ironisch angesprochen.

Empfehlung zur Abwägung:

Die Aussagen dieser Stellungnahme bleiben in Bezug auf konkrete Probleme bzw. Bedenken oder Anregungen relativ vage. Daher ist keine detaillierte Antwort möglich.

Nach der öffentlichen Auslegung wurde durch Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 14.07.2010 der Bebauungsplanentwurf geändert. Die Baumöglichkeit für ein bisher vorgesehene Doppelhaus im rückwärtigen Bereich der Grundstücke Flur 3 Flurstücke 696 und 314 (Eichenstraße 114 und 112) entfällt.

Mit Schreiben vom 02./03.08.2010 wurde gemäß § 4 Abs. 2 Satz4 Baugesetzbuch die von der Änderung betroffene Öffentlichkeit um Stellungnahme gebeten.

Durch die Reduzierung der Neubaumöglichkeiten wurde den Anregungen zum Teil gefolgt.

1.14 Schreiben der Familie Emich vom 10.05.2010

Familie Emich teilt mit, dass sie mit einer „derart massiven Bebauung nicht einverstanden“ ist.

Im Folgenden werden noch folgende Einzelpunkte angesprochen (Nummerierung hinzugefügt):

1. Die Familie wohnt seit Jahrzehnten auf dem Grundstück und ist „immer fest davon ausgegangen“, dass auf dem Nachbargrundstück nicht mehr gebaut werden kann. Emichs beziehen sich auch auf die Äußerung des Bürgermeisters im Jahre 2007.
2. Sie fürchten den Baulärm und dass ihnen der Blick ins Grüne genommen wird.
3. Sie machen sich Sorgen um die großen Bäume und fürchten, dass der Bauherr das Recht bekommt, diese beseitigen zu lassen, wenn sie sein Bauvorhaben stören.
4. Die Bäume beherbergen viele Vögel. Familie Emich fragt deshalb, ob man solche Schäden an der Natur entgegen den Wünschen der alteingesessenen Bewohner erzeugen kann.
5. Nach Familie Emichs Meinung werden große Spielflächen für die Kinder im Bereich der Nieden- und der Eichenstraße beseitigt. Sie fürchtet, dass bald auch die „letzten Wiesenreste“ der Grundstücke 30 und 32 zugebaut werden dürften.
6. Als nächster Punkt wird die Gefahr von Wasserschäden in den Kellern angesprochen. Familie Emich fragt nach dem Ersatz der eventuellen Schäden.
7. Sie empfindet das „riesengroße Gebäude“ (gemeint sind die Häuser Niedenstraße 26 und 28) als „Zerstörung“ des Straßenbildes der Niedenstraße und wünscht sich, dass „die Politiker einmal die Interessen der bereits hier lebenden Menschen vertreten würden...“
8. Zur Bürgeranhörung: Emichs empfanden diese „nicht als wirklich faire Veranstaltung, in der die Bürger ihre Meinung sagen konnten. Man hatte ständig das Gefühl, dort abgekanzelt und für dumm gehalten zu werden“.

Empfehlung zur Abwägung:

Das Schreiben bezieht sich auf den Bebauungsplanentwurf, der in der Zeit vom 12.04.2010 bis 14.05.2010 öffentlich ausgelegt hat. Zu den einzelnen Punkten wird wie folgt Stellung genommen:

zu 1. *Thema § 34 BauGB:*

> siehe die Antwort zu 6 in der Stellungnahme von Frau Bulka (Beschluss 1.6)

zu 2.+3. *Thema Bäume:*

> siehe die Antwort zu 1 in der Stellungnahme von Frau Bulka (Beschluss 1.6)

zu 4. *Thema Vögel / Artenschutz:*

> siehe die Antwort zu 2 in der Stellungnahme von Frau Edlerherr (Beschluss 1.8)

zu 5. *Der Spielplatz hinter dem Haus Niedenstraße 28 bleibt gemäß Bebauungsplan erhalten. Die private Rasenfläche, die daran anschließt, wird bebaut. Die Grundstücke Niedenstraße 30 und 32 gehören anderen Eigentümern und liegen nicht im Geltungsbereich des Bebauungsplanes.*

zu 6. *Thema Wasserschäden / Grundwasser:*
> siehe die Antwort zu 3 in der Stellungnahme von Frau Bulka
(Beschluss 1.6)

zu 7. *Das Gebäude Niedenstraße 26/28 ist auf der Basis des § 34 BauGB genehmigt worden. Dabei hat man sich am Maßstab der Bebauung in Teilen der Niedenstraße und der Eichenstraße orientiert.*

zu 8. *Jeder Bürger hat das Recht, auf einer Bürgerversammlung zu Wort zu kommen. Alle angesprochenen Inhalte der hier angesprochenen Bürgeranhörung sind sachlich protokolliert worden. In einer Bürgeranhörung wird oft kontrovers diskutiert, das beinhaltet auch Widerspruch zu einzelnen Äußerungen.*

Nach der öffentlichen Auslegung wurde durch Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 14.07.2010 der Bebauungsplanentwurf geändert. Die Baumöglichkeit für ein bisher vorgesehene Doppelhaus im rückwärtigen Bereich der Grundstücke Flur 3 Flurstücke 696 und 314 (Eichenstraße 114 und 112) entfällt.

Mit Schreiben vom 02./03.08.2010 wurde gemäß § 4 Abs. 2 Satz4 Baugesetzbuch die von der Änderung betroffene Öffentlichkeit um Stellungnahme gebeten.

Durch die Reduzierung der Neubaumöglichkeiten wurde den Anregungen zum Teil gefolgt.

1.15 Schreiben der Eheleute Edlerherr vom 08.05.2010

Familie Edlerherr beschreibt zunächst den Zustand des Bereiches vor sieben Jahren als „ländlich-idyllisch“. Dieser Zustand habe sich, so die Familie Edlerherr, mit dem Verkauf der Idylle an den Vorhabenträger und einen anderen Bauherrn geändert. Die Bauten seien „groß, wuchtig, die angrenzenden Einfamilienhäuser fast erschlagend“. Nun wolle der Vorhabenträger mit dem Bau weiterer Häuser den „Gartenbereich zuzementieren“. Für die Anwohner werde der Verkehrslärm lauter und die Luftqualität schlechter.

Die Einwänder schlagen vor, der Vorhabenträger solle im Interesse seiner Mieter, der Anwohner und der Tiere, die sich in den Gärten angesiedelt hätten, einen Zier- und Nutzgarten anlegen.

Sie schauten „lieber in eine grüne Gartenoase als in eine Bauverdichtung“.

Die Stellungnahme ist auch von Manfred und Margitta Menzel, Niedenstraße 36, unterschrieben.

Empfehlung zur Abwägung:

Das Schreiben bezieht sich auf den Bebauungsplanentwurf, der in der Zeit vom 12.04.2010 bis 14.05.2010 öffentlich ausgelegen hat. Zu den einzelnen Punkten wird wie folgt Stellung genommen:

Zum Maßstab der Gebäude:

Bei den Bauten im Bebauungsplan handelt es sich um zwei eingeschossige Einfamilienhäuser und ein eingeschossiges Doppelhaus.

Das Wohnhaus der Familie Edlerherr (Niedenstraße 36) ist ein zweispänniges und zweigeschossiges Mehrfamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss.

Die Stellungnahme führt keine konkreten, einzelnen Bedenken und Anregungen auf, sondern gibt nur einen allgemeinen Widerstand gegenüber weiteren baulichen Veränderungen wieder.

(Auf die generelle Diktion und die Schlussbemerkungen gegenüber dem Vorhabenträger, die teilweise verletzend sind, soll hier nicht eingegangen werden.)

Allgemein gilt aber:

Durch eine ökologisch orientierte Begrünung von Neubauten (z.B. durch Fassaden- oder die geplante Begrünung der Garagen), die Erhaltung von Bäumen oder die vorgesehene Neupflanzung von Bäumen sowie gezielte Maßnahmen (wie die Anbringung von Mehlschwalbennisthilfen oder Fledermauskästen) könnte die Situation im Hinblick auf die Reproduktion von planungsrelevanten Arten sogar nachhaltig (gegenüber heute) verbessert werden. Derartige Elemente finden sich im Bebauungsplan wieder.

Nach der öffentlichen Auslegung wurde durch Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 14.07.2010 der Bebauungsplanentwurf geändert. Die Baumöglichkeit für ein bisher vorgesehene Doppelhaus im rückwärtigen Bereich der Grundstücke Flur 3 Flurstücke 696 und 314 (Eichenstraße 114 und 112) entfällt.

Mit Schreiben vom 02./03.08.2010 wurde gemäß § 4 Abs. 2 Satz 4 Baugesetzbuch die von der Änderung betroffene Öffentlichkeit um Stellungnahme gebeten.

Durch die Reduzierung der Neubaumöglichkeiten wurde den Anregungen zum Teil gefolgt.

1.16 Schreiben des Herrn Michael Bister vom 12.05.2010

Herr Bister wohnt seit zehn Jahren im Haus Nidenstraße 36. Auch er betont den Ausblick auf eine „Gartenidylle“. Die Grundstücke seien nicht durch Zäune geteilt, sondern durch Hecken gegliedert, was ein „parkähnliches Hinterland“ schaffe.

Diese Idylle würde durch die nun anstehenden Bauvorhaben „in starkem Maße zerstört werden“.

Herrn Bisters Stellungnahme lässt sich in folgende Einzelpunkte gliedern (Nummerierung hinzugefügt):

1. In der „Artenschutzrechtlichen Ersteinschätzung“ werde das Hinterland als „eine Ansammlung von Garagenhöfen und kleinflächigen Hausgärten“ beschrieben. Dies sei nicht der Fall; die Garagenhöfe nähmen nur einen kleinen Teil ein und befänden sich am Rande des Gebietes. Er versucht die „lockere Aufteilung und ... gemeinsame Nutzung der Gartenflächen“ mit einigen Photos zu belegen.
2. Er erwähnt die großen Bäume am Ende des Gartens Nidenstraße 30 die „bei einem Neubau vermutlich abgeholzt würden“.
3. Von Artenarmut kann seiner Meinung nach nicht die Rede sein und er berichtet über die Beobachtung von Eidechsen, Fledermäusen, Eichelhähern, Eichhörnchen etc.
4. In der „Artenschutzrechtlichen Ersteinschätzung“ werden regelmäßig wirkende Störungen bedingt durch die hohe Nutzungsintensität“ für den Untersuchungsraum erwähnt. Herr Bister sagt, dass das für die Garagenhöfe zutreffen mag, „nicht aber für den Großteil der relevanten Flächen, da sich dort nur wenige Menschen aufhalten und mit Fahrzeugen keine Zufahrt möglich ist. Tiere haben dort also ein ruhiges Rückzugsgebiet, in dem sie von Menschen nur selten gestört werden.“
Das Hinterland zwischen Niden- und Eichenstraße sei „für die dort lebenden Menschen ein Ort der Ruhe und Erholung“.

Empfehlung zur Abwägung:

Das Schreiben bezieht sich auf den Bebauungsplanentwurf, der in der Zeit vom 12.04.2010 bis 14.05.2010 öffentlich ausgelegen hat. Zu den einzelnen Punkten wird wie folgt Stellung genommen:

zu 1. Herr Bister sieht das Plangebiet von seinem Garten aus. Tatsächlich vermittelt die Fläche der Gärten der Häuser Niedenstraße 30, 32, 34 und 36 einen aufgelockerten und großflächigen Eindruck. Dieser Bereich ist jedoch nur das nordwestliche Viertel der Blocks.

Die Einschätzung der „Artenschutzrechtlichen Ersteinschätzung“ bezieht sich (in der zusammenfassenden Schlussbetrachtung) jedoch explizit auf das Plangebiet (d.h. den Geltungsbereich des Bebauungsplanes) und nicht auf das gesamte „Hinterland“.

zu 2. Zur Vermutung von Herrn Bister zum „Abholzen“ der großen Bäume am Ostrand des Grundstückes Niedenstraße 30:

> siehe die Antwort zu 1 in der Stellungnahme von Frau Bulka.

(Beschluss 1.6)

zu 3. Das Vorkommen von Eidechsen ist im Untersuchungsraum auszuschließen.

Wahrscheinlich hat Herr Bister sie mit zu den Amphibien zählenden Teich- oder Bergmolchen (im Landlebensraum) verwechselt. Diese Arten stehen nicht auf der Roten Liste und gelten auch nicht als planungsrelevant im Sinne des MUNLV.

Nicht das Vorkommen von Amphibien generell, sondern das Vorkommen planungsrelevanter Amphibienarten wurde in der „Artenschutzrechtlichen Ersteinschätzung“ ausgeschlossen.

Zur Zwergfledermaus ist zu sagen, dass das temporäre und potenzielle Vorkommen dieser Art nicht grundsätzlich bestritten wurde. Es wurde aber in der „Artenschutzrechtlichen Ersteinschätzung“ die Feststellung gemacht, dass die potentiell vorhandenen Quartiersstrukturen „pessimal“ (d.h. mit schlechtest möglichen Vorgaben) ausgebildet sind und dass eine Quartiersnutzung im Bereich des Baufeldes unwahrscheinlich ist.

zu 4. Mit „im Bezug auf die Fauna in den Gärten wirkende Störungen“ sind nicht nur Kraftfahrzeuge sondern auch Rasenmäher, Grillbetrieb, spielende Kinder, Hunde etc. gemeint.

Nach der öffentlichen Auslegung wurde durch Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 14.07.2010 der Bebauungsplanentwurf geändert. Die Baumöglichkeit für ein bisher vorgesehene Doppelhaus im rückwärtigen Bereich der Grundstücke Flur 3 Flurstücke 696 und 314 (Eichenstraße 114 und 112) entfällt.

Mit Schreiben vom 02./03.08.2010 wurde gemäß § 4 Abs. 2 Satz 4 Baugesetzbuch die von der Änderung betroffene Öffentlichkeit um Stellungnahme gebeten.

Durch die Reduzierung der Neubaumöglichkeiten wurde den Anregungen zum Teil gefolgt.

1.17 Schreiben von Frau Ruth Prinzmeier vom 26.04.2010

Frau Prinzmeier ist nicht gegen eine Bebauung, sondern gegen den geplanten „Umfang an Häusern“. Die Gründe (Nummerierung hinzugefügt):

1. Frau Prinzmeier fürchtet eine „deutliche Verminderung der Wohnqualität“:
Die Abstände der Häuser seien zu gering. Der Wegfall der gepflegten und intensiv genutzten „Gemeinschaftswiese“ (als Treffpunkt für Kinder und Erwachsene) und damit der Wegfall der Ruhezone (als Ausgleich der stark befahrenen Niedenstraße) werden beklagt.
2. Die Größe des verbleibenden Spielplatzes, der von 8 Kindern aus dem Haus 28 genutzt wird, ist, nach Frau Prinzmeiers Ansicht nicht ausreichend.

3. Die hohen und großen Bäume, so fürchtet sie, werden aufgrund des Bauvorhabens kurz- oder mittelfristig gefällt werden.
4. Zur „Artenschutzrechtlichen Ersteinschätzung“ kritisiert Frau Prinzmeier die Charakterisierung des Plangebietes:
Der Gutachter habe nicht das tatsächliche Erscheinungsbild des Hinterlandes dargestellt. In der Schlussbetrachtung würde das Grundstück als Ansammlung von Garagenhöfen und kleinflächigen Hausgärten bezeichnet. „Der umfangreiche Baumbestand, die dichten Hecken als auch die großen Rasenflächen sind offensichtlich nicht in das Gutachten eingeflossen“.
Sie bittet, dies noch einmal zu prüfen.
5. Sie schlägt vor, um „diese Art von Gutachten“ zu vermeiden, solle die Stadt Hilden den Antragstellern z.B. 3 von der Stadt geprüfte, unabhängige Gutachter zur Auswahl stellen.
6. Die Lebensqualität für Vögel sei klar definiert, fragt Frau Prinzmeier, nach welchen Kriterien werde aber über die Lebensqualität für Menschen entschieden.

In ihrer Schlussbemerkung bittet sie, die Dichte des Bauvorhabens zu reduzieren.

Empfehlung zur Abwägung:

Das Schreiben bezieht sich auf den Bebauungsplanentwurf, der in der Zeit vom 12.04.2010 bis 14.05.2010 öffentlich ausgelegen hat. Zu den einzelnen Punkten wird wie folgt Stellung genommen:

- zu 1. *Die Entfernung des westlichsten der geplanten Einfamilienhäuser beträgt 18,16 m bis zum Haus Niedenstraße 28. Die maximale Firsthöhe der Häuser beträgt zudem nur ca. 9,0 m.
Die „Gemeinschaftswiese“ besteht heute aus dem Spielplatz und einer Rasenfläche. Der Spielplatz bleibt erhalten. Die Rasenfläche ist ein privater Garten, dessen Nutzung und Gestaltung dem Eigentümer weitgehend freistehen.
Nach dem Bebauungsplan wird sie zum Teil Garten, der nach der textlichen Festsetzung zum Teil von einer Hecke umgeben ist, zum Teil gehört sie zur „überbaubaren Fläche“ des westlichsten neuen Einfamilienhauses.*
- zu 2. *Die Größe des Spielplatzes entspricht auch in Zukunft den Anforderungen, die im Zuge der Baugenehmigung für das Haus Niedenstraße 28 gefordert wurden.*
- zu 3. *Zu den Bäumen am Ostrand des Grundstückes Niedenstraße 30:
> siehe die Antwort zu 1 in der Stellungnahme von Frau Bulka.
(Beschluss 1.6)*
- zu 4. *Zur Charakterisierung des Gebietes in der „Artenschutzrechtlichen Ersteinschätzung“:
> Hier wird auf die Antwort zu 1 in der Stellungnahme von Herrn Bister verwiesen.
(Beschluss 1.16)*
- zu 5. *Die Gutachter sind unabhängig; sie haben in keiner Phase der Erarbeitung des „Landschaftspflegerischen Fachbeitrages“, der „Artenschutzrechtlichen Ersteinschätzung“ oder des „Hydrogeologischen Gutachtens“ Weisungen vom Vorhabenträger empfangen. Das Resultat des jeweiligen Gutachtens hat für sie auch keinerlei wirtschaftliche Auswirkungen.*

zu 6. Die Lebensqualität der Menschen ist das zentrale Anliegen des Baugesetzbuches (BauGB).

Bei der Aufstellung der Bauleitpläne (also auch der Bebauungspläne) sind nach § 1 Abs. 6 BauGB unter anderem zu berücksichtigen:

- die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse
- die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung, die Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen, die Eigentumsbildung ...
- die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere die Bedürfnisse der Familien...
- die Erhaltung, Erneuerung, Fortentwicklung, Anpassung und der Umbau vorhandener Ortsteile ...
- die Belange der Baukultur, des Denkmalschutzes, und die Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes... .

Nach der öffentlichen Auslegung wurde durch Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 14.07.2010 der Bebauungsplanentwurf geändert. Die Baumöglichkeit für ein bisher vorgesehene Doppelhaus im rückwärtigen Bereich der Grundstücke Flur 3 Flurstücke 696 und 314 (Eichenstraße 114 und 112) entfällt.

Mit Schreiben vom 02./03.08.2010 wurde gemäß § 4 Abs. 2 Satz 4 Baugesetzbuch die von der Änderung betroffene Öffentlichkeit um Stellungnahme gebeten.

Durch die Reduzierung der Neubaumöglichkeiten wurde den Anregungen zum Teil gefolgt.

1.18 Schreiben von Herrn Michael Krause (Niederstraße 34) vom 23.8.2010 im Namen seiner Schwester Frau Ingrid Bulka, Schmalfeld (Eigentümerin Niederstr.30) und seiner Mutter Frau Lilly Krause (Mieterin Niederstr.30):

Herr Krause betrachtet es einleitend als positive Entwicklung, dass der Stadtentwicklungsausschuss entschieden habe, „das geplante Doppelhaus aus dem Bebauungsplan herauszunehmen“.

In seinen folgenden Ausführungen spricht Herr Krause wiederum das Thema Grund- bzw. Oberflächenwasser an. Er ist der „festen Überzeugung“, dass die Schäden an den Häusern Niederstraße 30, 34 und 36 als Folge des Baus des Hauses Niederstraße 28 entstanden seien.

Herr Krause äußert sich erleichtert darüber, dass „nun hoffentlich die großen Buchen nicht gefährdet werden“.

Im folgenden bedauert er, dass durch den Bebauungsplan auch der „Wohn- und Freizeitwert“ für die Bewohner des Hauses 28 eingeschränkt werde.

Zusammenfassend möchte er im Namen der Familien Krause und Bulka „zum Ausdruck bringen, dass sie gegen den nun im Raum stehenden Kompromissvorschlag keine weiteren Schritte mehr unternehmen werden“.

Voraussetzung dieser Akzeptanz sei aber, dass „durch die Baumaßnahmen keine nachweislichen Schäden an den benachbarten Gebäuden und Grundstücken herbeigeführt würden und die geplanten Maßnahmen im Rahmen des allgemeinen Bau- und Ordnungsrechts ... abgewickelt würden“. Zudem gelte die „Duldungszusage“ nur, wenn es „keine weitergehenden Bebauungsanträge bezüglich dieses Grundstückes mehr geben“ werde.

Empfehlung zur Abwägung:

Der Themenkomplex „Grund- und Oberflächenwasser“ wurde schon in den Stellungnahmen der Bürger nach der Offenlage angesprochen und in den damaligen Empfehlungen zur Abwägung bereits ausführlich erörtert. Auch der Bau des Hauses Niederstraße 28 ist hier nicht mehr Gegenstand der Stellungnahmen oder Abwägungen.

Die Ankündigung, gegen die vorliegende Fassung des Bebauungsplanes „keine weiteren Schritte“ mehr zu unternehmen, ist als Zustimmung zu betrachten.

Die Forderung nach Einhaltung der Vorschriften des „Bau- und Ordnungsrechtes“ ist nicht Gegenstand des Bebauungsplanverfahrens und der Abwägungen, sondern Sache des Baurechtes, des Nachbarschaftsrechts (hier vor allem: des Hammerschlags- und Leiterrechts), der Baustellenverordnung etc. Zusätzlich gelten die Bestimmungen des Durchführungsvertrages zum VEP.

Die Anregung wird als Zustimmung gewertet.

1.19 Die während der frühzeitigen Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Anregungen sind nicht anders zu bewerten, als bereits im Offenlagebeschluss des Rates vom 17.03.2010 (Sitzungsvorlage WP 09-14 SV 61/027) beschlossen, soweit in den hier vorangehenden Abwägungsentscheidungen 1.1 bis 1.3 keine Änderungen vorgenommen wurden. Es wird insoweit auf den Beschluss vom 17.03.2010 verwiesen.

2. dem als Anlage beigefügten Durchführungsvertrag zuzustimmen, und

3. der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 256, (VEP Nr. 14) wird gemäß §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung NW vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) in der z.Zt. gültigen Fassung sowie gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) vom 27.12.2006 (BGBl. I S. 3316) in der z.Zt. gültigen Fassung unter Berücksichtigung der stattgegebenen Anregungen als Satzung beschlossen.

Das Plangebiet liegt im Hildener Westen im Hinterland des Eckbereiches von Niedenstraße und Eichenstraße.

Der Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 14 umfasst die Flurstücke 662, 674, 677, 696 und 697.

Das Flurstück 314 (Eichenstraße 112) liegt außerhalb des VEP. Alle Flurstücke liegen in Flur 3 der Gemarkung Hilden.

Zusammen bilden sie den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 256.

Dem Satzungsbeschluss liegt die Begründung inklusive Umweltbericht mit Stand vom 27.08.2010 zugrunde.

Abstimmungsergebnis:

Mit 36 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung (Ratsmitglied Behner/CDU) mehrheitlich beschlossen

CDU-Fraktion:	ja
SPD-Fraktion:	ja
FDP-Fraktion:	ja
BA-Fraktion:	nein
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	nein
dUH-Fraktion:	ja
Fraktion Freie Liberale	ja
Ratsmitglied Kaltenborn	ja
Bürgermeister	ja

- 3.4 33. Änderung des Flächennutzungsplanes für die Grundstücke Walder Str. 99 - 113 und Mühlenbachweg 12 (Edeka Breidohr und ehemaliger OBI-Standort) WP 09-14 SV 61/054
1. Abhandlungen der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung
2. Offenlagebeschluss
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss:

1. die Anregungen der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange wie folgt abzuhandeln:

- 1.1 Schreiben des Kreises Mettmann vom 22.04.2010

Zu dem Schreiben wird wie folgt Stellung genommen:

Untere Wasserbehörde:

Bei dem in dem Schreiben hingewiesenen oberirdischen Fließgewässer (Mühlenbach) handelt es sich voraussichtlich um den alten Verlauf des Itterbaches. Dieser wurde in den 60er Jahren östlich der A3 umgeleitet und hat nun den heutigen Verlauf. Der verbliebene trockengelegte Seitenarm des alten Itterbaches ist daher noch in den in der Stellungnahme benannten Karten verzeichnet, aber inzwischen vollständig überbaut worden.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Untere Immissionsschutzbehörde

Eine schalltechnische Untersuchung wurde aufgrund der Nachbarschaft zwischen Gewerbe und Wohnen bereits frühzeitig als erforderlich angesehen.

Das Gutachten kommt zu dem Ergebnisse, dass die Immissionsrichtwerte nach TA Lärm an allen Immissionsorten durch die Gesamtbelastung tagsüber und nachts unter bestimmten Auflagen eingehalten werden. Diese Auflagen sind Gegenstand des ebenfalls in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 148B (textliche Festsetzungen).

Das Gutachten kommt außerdem zu dem Ergebnis, dass auch die Orientierungswerte der DIN 18005 unterschritten werden. Der Betrieb des geplanten Einzelhandelszentrums erfüllt somit die Anforderungen nach TA Lärm und der DIN 18005.

Beeinträchtigungen durch den vorhandenen Parkplatz des Einzelhandelsareals für das angrenzende westliche Wohngebiet sind ebenfalls nicht zu erwarten, da der bestehende gewerbliche Gebäudekomplex im Bereich der Sondergebietsausweisung eine abschirmende Wirkung hat.

Planungsrecht

Die Anregung bzgl. einer Verträglichkeitsanalyse im Rahmen der Baugenehmigung bei großflächigen Einzelhandelsvorhaben innerhalb des Plangebietes ist in den Textlichen Festsetzungen zum Bebauungsplanentwurf enthalten.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

1.2 Schreiben der Stadtwerke Hilden vom 08.03.2010:

Die Hinweise der Stadtwerke Hilden GmbH werden zur Kenntnis genommen und an das ausführende Büro, welches für die Planung der neuen Zufahrt von der Walder Straße aus auf das Gelände des Einzelhandelsnutzungsareals zuständig ist, weitergeleitet.

1.3 Schreiben der IHK Düsseldorf vom 22.04.2010

Die Kritik hinsichtlich der unvollständigen Bestandsaufnahme wird zurückgewiesen, da zum Zeitpunkt der Erstellung der Begründung noch nicht definitiv sichergestellt war, welche der damals zur Diskussion stehenden Nutzungen auch tatsächlich realisiert werden.

Das Gartencenter der Fa. Laukart wurde erst Ende März eröffnet, also zu einem Zeitpunkt nach der Erstellung der Entwurfsbegründung. Für die Bebauungsplanbegründung ist die tatsächliche Nutzung zum Zeitpunkt der Erstellung relevant, die in der Begründung aufgelisteten Nutzungen stellen demnach nur eine Momentaufnahme des Bestandes dar.

Die Bestandsaufnahme wurde um das Fitness-Center im nördlichen Bereich des Plangebietes ergänzt.

Der Anregung, die Sondergebietsausweisung „Einzelhandel“, um „freizeit- und dienstleistungsorientierter“ Nutzungen zu ergänzen, wird nicht gefolgt, da der Flächennutzungsplan laut BauGB „die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebenden Art der Bodennutzung nach voraussehbaren Bedürfnissen der Gemeinde in den Grundzügen“ darstellen soll. Der Flächennutzungsplan hat selbst keine allgemeine Verbindlichkeit, er stellt die „vorbereitende Bauleitplanebene“ dar.

Die „verbindliche Bauleitplanung erfolgt in form des Bebauungsplanes, hier der Bebauungsplan Nr. 148B.

Die im Schreiben geforderten konkreteren Festsetzungen hinsichtlich der Ausweisung als Sondergebiet sind daher nicht auf Flächennutzungsplanebene zu definieren, sondern in den Textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 148B.

Da im Schreiben der IHK auf Seite 2 die Initiative der Stadt Hilden, dieses Gebiet planungsrechtlich als Sondergebiet (SO) festzusetzen, begrüßt wird, werden die Anregungen der HK zur 33. Flächennutzungsplanänderung zur Kenntnis genommen.

1.4 Schreiben der Stadt Erkrath vom 10.03.2010

Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen.

1.5 Schreiben der Stadt Solingen vom 19.04.2010

Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen.

1.6 Schreiben der PLE DOC vom 29.03.2010

Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen.

1.7 Das Protokoll der Bürgeranhörung vom 29.04.2010 wird zur Kenntnis genommen und in die Abwägung einbezogen.

2. die öffentliche Auslegung der 33. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie die Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange bei der Aufstellung von

Bauleitplänen gem. § 4 Abs. 2 i. V. m. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316)

Das Plangebiet wird im Osten begrenzt durch die Trasse des Ostrings, im Süden durch die Walder Straße, im Westen durch die östliche Grenze der Flurstücke 129, 131 (Walder Str. 95 inkl. Garagenhof) sowie 728 (Mühlenbachweg 4) und im Norden durch die nördliche Grenze der Flurstücke 815 und 888 (Mühlenbachweg 12) in Flur 46 der Gemarkung Hilden.

Es umfasst die Grundstücke Walder Str. 99 – 113 und Mühlenbachweg 12.

Das Planungsziel besteht darin, die planungsrechtliche Grundlage für die Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsbetriebe mit nahversorgungsrelevanten und nicht-zentrenrelevanten Kernsortimenten innerhalb eines als „Sondergebiet (SO)“ festgesetzten Bereiches zu schaffen.

Die Festsetzung für das Flurstück Nr. 796 (Walder Str. 111) verbleibt bei nicht-störendem Gewerbe.

Dem Offenlagebeschluss liegt die Entwurfsbegründung mit Umweltbericht vom 03.08.2010 zugrunde.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

- 3.5 Bebauungsplan Nr. 148B für die Grundstücke Walder Straße Nr. WP 09-14 SV 61/053
 99 - 113 und Mühlenbachweg 12:
 Abhandlung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung
 Offenlagebeschluss
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss:

1. die Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung wie folgt abzuhandeln:

1.1 Schreiben des Kreises Mettmann vom 22.04.2010:

Zu dem Schreiben wird wie folgt Stellung genommen:

Untere Wasserbehörde:

Bei dem in dem Schreiben hingewiesenen oberirdischen Fließgewässer (Mühlenbach) handelt es sich voraussichtlich um den alten Verlauf des Itterbaches. Dieser wurde in den 60er Jahren östlich der A3 umgeleitet und hat nun den heutigen Verlauf. Der verbliebene trockengelegte Seitenarm des alten Itterbaches ist daher noch in den in der Stellungnahme benannten Karten verzeichnet, aber inzwischen vollständig überbaut worden.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Untere Immissionsschutzbehörde

Eine schalltechnische Untersuchung wurde aufgrund der Nachbarschaft zwischen Gewerbe und Wohnen bereits frühzeitig als erforderlich angesehen.

Das Gutachten kommt zu dem Ergebnisse, dass die Immissionsrichtwerte nach TA Lärm an allen Immissionsorten durch die Gesamtbelastung tagsüber und nachts unter bestimmten Auflagen eingehalten werden. Diese beziehen sich hauptsächlich auf die Anlieferung des Einzelhandelszentrums über die Walder Straße. Solange die Anlieferungen außerhalb der Nachtzeit (22.00 Uhr bis 06.00 Uhr) erfolgen, sind keine Überschreitungen der Immissionsrichtwerte für die westlich angrenzenden Wohngebäude zu erwarten. Das Begehren des geplanten Discounters einmal täglich während der Nachtzeit anzuliefern, ist nur unter bestimmten Auflagen zulässig, die als Textliche Festsetzungen in den Bebauungsplan aufgenommen wurden, um die Einhaltung der zulässigen Richtwerte sicher zu stellen.

Das Gutachten kommt außerdem zu dem Ergebnis, dass auch die Orientierungswerte der DIN 18005 unterschritten werden. Der Betrieb des geplanten Einzelhandelszentrums erfüllt somit die Anforderungen nach TA Lärm und der DIN 18005.

Beeinträchtigungen durch den vorhandenen Parkplatz des Einzelhandelsareals für das angrenzende westliche Wohngebiet sind ebenfalls nicht zu erwarten, da der bestehende gewerbliche Gebäudekomplex im Bereich der Sondergebietsausweisung eine abschirmende Wirkung hat.

Planungsrecht

Die Anregung bzgl. einer Verträglichkeitsanalyse im Rahmen der Baugenehmigung bei großflächigen Einzelhandelsvorhaben innerhalb des Plangebietes ist in den Textlichen Festsetzungen zum Bebauungsplanentwurf enthalten.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

1.3 Schreiben der Stadtwerke Hilden vom 08.03.2010:

Die Hinweise der Stadtwerke Hilden GmbH werden zur Kenntnis genommen und an das ausführende Büro, welches für die Planung der neuen Zufahrt von der Walder Straße aus auf das Gelände des Einzelhandelsnutzungsareals zuständig ist, weitergeleitet.

Die Trafostation ist aber bisher weder planungsrechtlich noch privatrechtlich gesichert. Im Bebauungsplan wird erstmals ein Standort an der Straße Kalstert dargestellt. Sollte der bisherige Standort zur Realisierung der geplanten privaten Zufahrt verlegt werden, ist hiermit ein neuer zugänglicher Standort planungsrechtlich gesichert.

1.3 Schreiben des Landesbetriebs Straßenbau NRW vom 20.04.2010:

Die Hinweise von Straßen NRW werden wie folgt zur Kenntnis genommen.

Zu 1. Der Verlauf der Straßenbegrenzungslinie (Eigentumsgrenze Land) wurde in den Bebauungsplanentwurf ergänzt.

Die Entwässerung der Böschung ist nicht Gegenstand dieses Bauleitplanverfahrens.

Zu 2. Der Anregung, die 40 m breite Anbauverbotszone gemäß § 25 (1) StrWG NRW in den Bebauungsplanentwurf einzutragen, wurde Folge geleistet.

Zu 3. Ein konkreter straßenbautechnischer Entwurf ist für den Bebauungsplan nicht erforderlich, da die Funktionalität der geplanten privaten Grundstückszufahrt nicht im Bebauungsplan-Verfahren geprüft werden muss, sondern in direkter Abstimmung mit dem Landesbetrieb Straßen NRW und der Stadt Hilden vor Realisierung zu erfolgen hat.

Entsprechende Regelungen sind Bestandteil einer Genehmigung dieser privaten Zufahrt.

Die im Weiteren aufgeführten Anregungen und Forderungen seitens des Landesbetriebs Straßen NRW werden wie folgt abgehandelt:

Die im Schreiben aufgelisteten Forderungen sind nicht Gegenstand des Bauleitplanverfahrens und werden daher zur Kenntnis genommen und an die Fa. Breidohr zur weiteren Verwendung weitergeleitet. Allerdings wird zurzeit ein straßenbautechnischer Entwurf seitens des Grundstückseigentümers erarbeitet, der die hier vorgebrachten Anregungen und Forderungen entsprechend zu berücksichtigen hat. Die Abstimmung der straßenbaulichen Entwurfsplanung erfolgt gemeinsam mit dem Landesbetrieb Straßen NRW, der Stadt Hilden und dem ausführenden Büro.

Bezüglich der in dem Schreiben hingewiesenen Kostenübernahme für den Ausbau des neuen Knotenpunktes durch die Stadt Hilden, ist darauf hinzuweisen, dass diese Kosten durch den Grundstückseigentümer, Fa. Breidohr vollständig zu übernehmen sind und die Kostenübernahme in Form eines städtebaulichen Vertrages geregelt wird.

Für den Straßenbaulastträger bleibt weiterhin die Stadt Hilden Vertragspartner.

1.4 Schreiben des Stadtplanungsamtes der Stadt Düsseldorf vom 12.04.2010:

Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen. Die Bedenken hinsichtlich des in der Entwurfsplanung des Grundstückseigentümers noch dargestellten dänischen Bettenlagers können als gegenstandslos angesehen werden, da zwischenzeitlich nur noch Nutzungen vorgesehen sind, die ein zentrenrelevantes Kernsortiment ausschließen.

Die zulässigen Randsortimente werden auf maximal 10% der Verkaufsfläche begrenzt.

1.5 Schreiben der Stadt Erkrath vom 10.03.2010:

Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen.

Die Erstellung einer gutachterlichen Verträglichkeitsanalyse im Fall eines großflächigen Einzelhandels ist Bestandteil der Textlichen Festsetzungen.

In der bisher erstellten Verträglichkeitsanalyse an beispielhaften Nutzungen wurde festgestellt, dass an räumlich näher gelegenen und durch die Walder Straße/Elberfelder Straße bisher eher erreichbare Versorgungsbereiche in Haan und Solingen keine wesentlichen Auswirkungen zu erwarten sind.

1.6 Schreiben der Stadt Solingen vom 19.04.2010:

Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen.

Die darin geforderten Anregungen, die Verkaufsflächengröße des LIDL-Marktes und des dm-Drogeriemarktes zu reduzieren, werden im Bebauungsplan nicht unmittelbar umgesetzt, weil es sich hier um eine „Angebotsplanung“ handelt. Die verträglichen Verkaufsflächen werden im Baugenehmigungsverfahren durch konkrete Gutachten untersucht. Im bisherigen Konzept der Grundstückseigentümer werden die angrenzenden Verkaufsflächen (Lidl mit 950 m² und dm mit 660 m²) angestrebt. Die im Weiteren geforderten Sortimentsbeschränkungen sind Bestandteil der Textlichen Festsetzungen.

1.7 Schreiben der IHK Düsseldorf vom 22.04.2010:

Die Kritik hinsichtlich der unvollständigen Bestandsaufnahme wird zurückgewiesen, da zum Zeitpunkt der Erstellung der Begründung noch nicht definitiv sichergestellt war, welche der damals zur Diskussion stehenden Nutzungen auch tatsächlich realisiert werden.

Das Gartencenter der Fa. Laukart wurde erst Ende März eröffnet, also zu einem Zeitpunkt nach der Erstellung der Entwurfsbegründung. Für die Bebauungsplanbegründung ist die tatsächliche Nutzung zum Zeitpunkt der Erstellung relevant, die in der Begründung aufgelisteten Nutzungen stellen demnach nur eine Momentaufnahme des Bestandes dar.

Die Bestandsaufnahme wurde um das Fitness-Center im nördlichen Bereich des Plangebietes ergänzt.

Der Anregung, die Sondergebietsausweisung „Einzelhandel“, um den freizeit- und dienstleistungsorientierter Nutzungen zu ergänzen, wird teilweise entsprochen, indem seitens der Stadt Hilden neben der Einzelhandelsnutzung noch Sport- und Gesundheitsrelevante Nutzungen mit aufgenommen werden, um somit auch den tatsächlichen Bestand und auch die zukünftigen Nutzungen dadurch zu sichern.

Die von der IHK geforderten Ergänzungen bzgl. der Textlichen Festsetzungen sind nur bedingt nachvollziehbar, da bereits in den textlichen Festsetzungen zur frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, zentrenrelevante Kernsortimente ausgeschlossen waren und auch nahversorgungs- und nichtzentrenrelevante Sortimente im Plangebiet, sofern diese keine negativen Auswirkungen nach § 11 Abs. 3 BauNVO haben. Für den Fall, dass ein großflächiges Einzelhandelsvorhaben geplant ist, ist durch eine gutachterliche Verträglichkeitsanalyse im Baugenehmigungsverfahren nachzuweisen, dass auf die zentrale Entwicklung der Stadt Hilden und der benachbarten Städte Solingen und Haan, keine negativen städtebaulichen Auswirkungen zu erwarten sind.

Der in diesem Zusammenhang vorgebrachten Anregung seitens der IHK das Sondergebiet nach § 11 Abs. 1 und 2 BauNVO festzusetzen wurde gefolgt und entsprechend in den Textlichen Festsetzungen geändert.

Die im Weiteren vorgebrachten Anmerkungen seitens der IHK bzgl. der Verträglichkeitsanalyse des Büros futura consult werden zu Kenntnis genommen, zumal die darin enthaltenen

Aussagen zu vereinzelt geplanten Nutzungen nicht mehr dem aktuellen Realisierungs- und Nutzungsvorhaben entsprechen. Die Anmerkungen werden an die Grundstückseigentümer weiter gegeben.

Der Hinweis der IHK Düsseldorf zum Einzelhandelskonzept der Stadt Hilden wird ebenfalls zur Kenntnis genommen und dahingehend als konstruktive „Kritik“ bewertet, da eine Überarbeitung und Aktualisierung des Einzelhandelskonzeptes durchaus sinnvoll ist und eine Beantragung für entsprechende finanzielle Mittel zeitnah erfolgen soll.

1.8 Schreiben der PLEdoc GmbH vom 29.03.2010:

Die Hinweise auf die vorhandenen Leitungstrassen werden zur Kenntnis genommen. Die „Schutzanweisungen für Versorgungsanlagen“ werden im Rahmen der Baumaßnahme selbstverständlich berücksichtigt.

1.9 Schreiben der Nord-West Oelleitung vom 08.03.2010:

Die Hinweise auf die vorhandenen Leitungstrassen werden zur Kenntnis genommen. Die „Schutzanweisungen für Versorgungsanlagen“ werden im Rahmen der Baumaßnahme selbstverständlich berücksichtigt.

1.10 Das Protokoll der Bürgeranhörung vom 29.04.2010 wird zur Kenntnis genommen und in die Abwägung einbezogen.

2. die öffentliche Auslegung des Bebauungsplans Nr. 148B gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) sowie die Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange bei der Aufstellung von Bauleitplänen gem. § 4 Abs. 2 BauGB.

Das Plangebiet wird im Osten begrenzt durch die Trasse des Ostrings, im Süden durch die Walder Straße, im Westen durch die östliche Grenze der Flurstücke 129, 131 (Walder Str. 95 inkl. Garagenhof) sowie 728 (Mühlenbachweg 4) und im Norden durch die nördliche Grenze der Flurstücke 815 und 888 (Mühlenbachweg 12) in Flur 46 der Gemarkung Hilden. Es umfasst die Grundstücke Walder Str. 99 – 113 und Mühlenbachweg 12.

Das Planungsziel besteht darin, die planungsrechtliche Grundlage für die Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsbetriebe mit nahversorgungsrelevanten und nicht-zentrenrelevanten Kernsortimenten innerhalb eines als „Sondergebiet (SO)“ festgesetzten Bereiches zu schaffen.

Die Festsetzung für das Flurstück Nr. 796 (Walder Str. 111) verbleibt bei nicht-störendem Gewerbe.

Dem Offenlagebeschluss liegt die Entwurfsbegründung inklusive Umweltbericht mit Stand vom 10.08.2010 zugrunde.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

3.6 Bebauungsplan Nr. 106B für den Bereich Herderstraße / Stockhausstraße / Gerresheimer Straße / Auf dem Sand: WP 09-14 SV 61/055
Abhandlung der Anregungen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss

1. die vorgebrachten Anregungen aus der erneuten Offenlage wie folgt abzuhandeln:

1.1 Schreiben der Kreisverwaltung Mettmann vom 15.07.2010

Untere Immissionsschutzbehörde

In ihrer Stellungnahme regt die Untere Immissionsschutzbehörde an, den in der 1. Offenlage noch als WA-Gebiet ausgewiesenen Bereich – entgegen der im aktuell offen gelegten Entwurf vorgesehenen Ausweisung als GE-Gebiet – als Mischgebiet (MI) festzusetzen.

Sie begründet ihre Anregung dadurch, dass die dort angesiedelten Nutzungen des Wohn- und Geschäftshauses (Wohnen, Änderungsschneiderei, Kiosk und Behindertenbetreuung) nicht denen eines Gewerbegebietes entsprechen und somit durch die unmittelbare Nähe des ALDI-Parkplatzes Nutzungskonflikte zu erwarten sind.

Der Anregung wird nicht stattgegeben, da durch eine Überarbeitung des Lärmgutachtens entsprechende Lärmfestsetzungen im Bebauungsplan getroffen werden, die diesen Konflikt aufheben. Hierbei wurde insbesondere die während der frühzeitigen Beteiligung der Träger eingegangene Stellungnahme des Kreisgesundheitsamtes berücksichtigt. Demnach berücksichtigen die im Lärmgutachten vorgeschlagenen und im Bebauungsplan festgesetzten maximal zulässigen Lärmemissionskontingente an den aufgezeigten Immissionsorten Mischgebietswerte, um somit den innerhalb des Plangebietes existierenden Wohngebäuden gesunde Wohnverhältnisse zu gewährleisten.

Planungsrecht

Der Kreis Mettmann wird nach der Bekanntmachung im Amtsblatt über das Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 106B informiert.

1.2 Schreiben der Anwaltskanzlei Lenz und Johlen vom 14.07.2010

Der Anregung, die für die Aldi-Filiale vorgesehene Fremdkörperfestsetzung auf die gewünschte Verkaufsflächengröße von 960 m² zu erweitern, wird nicht entsprochen.

Es ist ausführlich dargelegt worden, dass es aus städtebaulicher Sicht (hier insbesondere: Schutz der vorhandenen Nahversorgungszentren und der Innenstadt) seitens der Stadt Hilden nicht gewollt ist, hier einen „großflächigen“ Einzelhandel zuzulassen. Die vorhandene Fremdkörperfestlegung ermöglicht es, auch langfristig, den vorhandenen Lebensmittel-Discounter zu modernisieren oder weiter zu entwickeln; dies allerdings, ohne die Grenze zur Großflächigkeit zu überschreiten.

Der Anregung kann daher nicht gefolgt werden.

1.3 Schreiben der Frau Bergner vom 16.07.2010

zu a) Die Ausführung unter Punkt a wird zur Kenntnis genommen.

zu b) Die hier vorgebrachten Anregungen sind nicht Gegenstand des Bauleitplanverfahrens sondern einer bauordnungsrechtlichen Überprüfung.

- zu c) Mit Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 106 im Jahre 1962 wurde das Plangebiet als Mittelgewerbegebiet eingestuft und hat seitdem seine gewerbliche Vorrangnutzung beibehalten. Nach Auswertung alter Stadtkarten ist es durchaus richtig, dass zum damaligen Zeitpunkt dieser Bereich nicht die heutige städtebauliche und auch gewerbliche Ausprägung hatte, nur wurde mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 106 im Jahre 1962 und der Festsetzung eines Mittelgewerbegebietes für dieses Areal eine städtebauliche Leitlinie vorgegeben, die seit dem ihren Ausdruck in vornehmlich gewerblichen Nutzungen findet. Wie die Verfasserin unter dem Punkt c selbst hervorhebt, siedelte sich dort damals schon die erste gewerbliche Nutzung (Gerüstfirma Lauer mann) an, wodurch letztlich eine sukzessive Ausweitung von Gewerbebetrieben und den zulässigen betriebsbedingten Wohngebäuden stattgefunden hat. Einen Wohngebiets- bzw. Mischgebietsnutzungsanspruch zu erheben der auf einen Zustand beruht, der 50 Jahre zurückliegt, widerspricht dem allgemeinen städtebaulichen Entwicklungsprozess einer Stadt und ist auch nicht nachvollziehbar.
- zu d) Die hier getroffene Aussage, dass im Bebauungsplan Nr. 106 aus dem Jahre 1962 „entlang der Straße (unklar ist, welche Straße gemeint ist) (25 m tief) zweieinhalb geschossige Wohnhäuser mit Grüngürtel, im Hinterland Gewerbe“ ausgewiesen waren, ist nicht richtig. Der gesamte Bereich des alten Bebauungsplanes Nr. 106 ist als Mittelgewerbegebiet ausgewiesen. Partielle Nutzungsausweisungen sind weder grafisch noch in den textlichen Festsetzungen dokumentiert.
Dass die erstellten Wohn- und Gewerbegebäude genehmigt und errichtet worden sind, wird nicht bestritten. Sie entsprechen den städtebaulichen Absichten der Stadt Hilden
Die im Weiteren vorgebrachten Anmerkungen bzgl. der Fa. Ascherl, sind nicht Gegenstand des Bauleitplanverfahrens sondern obliegen einer Prüfung durch das Bauordnungsamt.
- zu e) Es ist leider nicht klar ersichtlich, welchen Bebauungsplan die Verfasserin des Schreibens meint, ob sie nun den alten Bebauungsplan Nr. 106 oder den neuen Bebauungsplan Nr. 106B meint.
Sollte sie sich auf den alten Bebauungsplan Nr. 106 beziehen, so werden in den Festsetzungen der Planlegende lediglich unter Punkt 3.31 Vorgaben hinsichtlich zu schaffender zusammenhängender Freiflächen getroffen. Zu erwähnen wäre dabei, dass diese Festsetzung sich auf die „ausnahmsweise zulässigen Wohnungen“ bezieht und nicht auf Gewerbebauten. Inwieweit diese Vorgabe für ihr Wohngebäude eingehalten wurde, ist nicht Gegenstand des Bauleitplanverfahrens.
Dagegen bietet der neue Bebauungsplan Nr. 106B mit seinen restriktiven Festsetzungen in Bezug auf die verschiedensten Umweltbelange (Lärmschutz, Bodenversiegelung, Geruchsemissionen, Ausschluss von Speditionen) die Möglichkeit, die Wohn- und Lebensverhältnisse in diesem gewerblich gewachsenen Bereich dauerhaft zu verbessern.

Die Anregungen werden zurückgewiesen.

- 1.4 Die während der frühzeitigen Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Anregungen sind nicht anders zu bewerten, als bereits im Offenlagebeschluss des Rates vom 16.12.2009 (Sitzungsvorlage WP 09-14 SV 61/005) beschlossen, soweit in den hier vorangehenden Abwägungsentscheidungen 1.1 bis 1.3 oder im Beschluss zur erneuten Offenlage (siehe Punkt 1.5) keine Änderungen vorgenommen wurden.

Es wird insoweit auf den Beschluss vom 16.12.2009 verwiesen.

- 1.5 Die während der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie der 1. Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen sind nicht anders zu bewerten, als bereits im Beschluss des Rates vom 12.05.2010 (Sitzungsvorlage WP 09-14 SV 61/032) beschlossen, soweit in den hier vorangehenden Abwägungsentscheidungen 1.1 bis 1.3 keine Änderungen vorgenommen wurden. Es wird insoweit auf den Beschluss vom 12.05.2010 verwiesen.
2. den Bebauungsplan Nr. 106B für den Bereich Herderstraße / Stockshausstraße / Gerresheimer Straße / Auf dem Sand gemäß §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung NW vom 14.07.1994 (GV NW S.666) in der zzt. gültigen Fassung sowie gemäß § 10 Baugesetzbuch vom 27.12.2006 (BGBl. I S.3316) in der zzt. gültigen Fassung unter Berücksichtigung der stattgegebenen Anregungen als Satzung.

Das Plangebiet liegt im Bereich zwischen Herderstraße, Stockshausstraße, Gerresheimer Straße und der Straße „Auf dem Sand“.

Dem Satzungsbeschluss liegt die Begründung einschließlich Umweltbericht vom 10.08.2010 zugrunde.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

- 3.7 Bebauungsplan Nr. 66, 4. Änderung für den Bereich Westring / Nordfriedhof / Herderstraße / Ellerstraße: WP 09-14 SV 61/056
Abhandlung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung
Offenlagebeschluss
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss:

1. das Protokoll der frühzeitigen Bürgerbeteiligung vom 01.07.2010 zur Kenntnis zu nehmen und in die Abwägung einzubeziehen.
2. die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 66, 4. Änderung sowie die Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange bei der Aufstellung von Bauleitplänen gem. § 4 Abs. 2 i. V. m. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) in der zurzeit gültigen Fassung.

Das Plangebiet liegt im Bereich des Gewerbegebietes Hilden-Nordwest zwischen der Straße Westring, dem Nordfriedhof bzw. der Fernwasserleitung sowie der Herderstraße und der Ellerstraße. Es setzt sich aus zwei Teilen zusammen.

Der nördliche Teil des Geltungsbereiches wird im Norden begrenzt durch die südliche Grenze der Wasserleitungstrasse, im Osten durch die westliche Begrenzungslinie der Herderstraße, im Süden durch die nördliche Grenze der Straße „Auf dem Sand“ und im Westen durch die westliche Grenze der Flurstücke 1032, 1503, 867 und 866, die nördliche Grenze der Flurstücke 866, 1352, 1353 und 1484, die westliche Grenze der Flurstücke 606 und 536,

die südliche Grenze des Stockhausgrabens, die westliche Grenze des Flurstücks 1265, die nördliche Grenze des Flurstücke 1265 und 1264 sowie die westliche Grenze der Flurstücke 1466, 927, 1522 und 1520.

Der südliche Teil des Geltungsbereiches wird im Norden begrenzt durch die südliche Straßenbegrenzungslinie der Straße „Auf dem Sand“, im Osten durch die östliche und nördliche Begrenzungslinie der Hans-Sachs-Straße sowie durch die Flurstücke 1660, 1681 (teilw.) und 1680, im Süden durch die nördliche Grenze der Ellerstraße und im Westen durch die östliche Begrenzungslinie des Westringes, durch die nördliche Grenze der Flurstücke 1290, 1289 und 1200 sowie durch die westliche Grenze des Flurstückes 801.

Alle Flurstücke liegen in Flur 11 der Gemarkung Hilden.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes wird das Ziel verfolgt, die Struktur des vorhandenen Gewerbegebietes zu erhalten und eine Ansiedlung von vorwiegend kleinen und mittleren Betrieben des produzierenden Gewerbes sowie Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben zu gewährleisten.

Das wesentliche Ziel ist die Aktualisierung der bauplanungsrechtlichen Beurteilungsgrundlage, so dass künftig die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der seit 1990 geltenden Form in der zur Zeit geltenden Fassung herangezogen werden muss.

Im weiteren wird die Zulässigkeit folgender Nutzungen mit dem Bebauungsplan geregelt:

1. Einzelhandelsbetriebe mit zentren-, nahversorgungsrelevanten und nicht-zentrenrelevanten Sortimenten,
2. Vergnügungsstätten, insbesondere Spielhallen,
3. Bordelle, bordellartige Betriebe und sonstige Einrichtungen mit erotischen Produkten und Angeboten sowie
4. Speditionen.

Dem Offenlagebeschluss liegt die Entwurfsbegründung mit Stand vom 20.08.2010 zugrunde.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

3.8 Verbesserung der Sauberkeit auf Hildener Straßen, Wegen und Plätzen

WP 09-14 SV 68/010

Rm. Dr. Haupt/FL reichte hierzu folgende ergänzende Anfrage ein:

„Der Bürgermeister möge prüfen, inwieweit die für Glas- und Altkleidercontainer zuständigen Dienste ihre Container sauber halten.“

Beschlussvorschlag:

Nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz und dem Haupt- und Finanzausschuss nimmt der Rat der Stadt Hilden die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis

Der Rat der Stadt Hilden beschließt folgende Maßnahmen zur Verbesserung der Sauberkeit:

- Aufwertung des Straßenbegleitgrüns
- Schwerpunktartige Objektreinigung

- Bereinigung der Zuständigkeiten
- Übertragung von baulich abgesetzten Parkstreifen auf Anlieger
- Hundekottütenspender
- Herbizid-Einsatz
- Austausch von Kleinpflaster auf Verkehrsinseln
- Kleinkehrmaschine für den Einsatz in der Fußgängerzone

Haushaltsmittel sind in entsprechender Höhe in den Haushalt 2010 einzustellen. Für die schwerpunktartige Objektreinigung ist im Stellenplan eine Planstelle nach Entgeltgruppe 3 einzurichten. Der Bürgermeister wird beauftragt alles weiter zu veranlassen.

Abstimmungsergebnisse:

1. Aufwertung des Straßenbegleitgrüns
Einstimmig beschlossen
2. Schwerpunktartige Objektreinigung
Abgelehnt
19 Ja (Fraktionen FDP, BA, Grüne, dUH und Freie Liberale sowie Rm. Kaltenborn)
26 Nein (SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Bürgermeister)
3. Bereinigung der Zuständigkeiten
Einstimmig beschlossen
4. Übertragung von baulich abgesetzten Parkstreifen auf Anlieger
Mehrheitlich beschlossen
33 Ja (Fraktionen CDU, SPD, BA und Freie Liberale, Rm. Kaltenborn und Bürgermeister),
12 Nein (Fraktionen FDP, Bündnis90/Die Grünen, dUH)
5. Hundekottütenspender
Abgelehnt
11 Ja (Fraktionen Bündnis90/Die Grünen, BA und Freie Liberale sowie Rm. Kaltenborn),
30 Nein (Fraktionen CDU, SPD, dUH, Bürgermeister)
4 Enthaltungen (FDP-Fraktion)
6. Herbizid-Einsatz
Einstimmig abgelehnt
7. Austausch von Kleinpflaster auf Verkehrsinseln
Mehrheitlich abgelehnt
4 Ja (FDP-Fraktion)
41 Nein (übrige Fraktionen)
8. Kleinkehrmaschine für den Einsatz in der Fußgängerzone
Einstimmig beschlossen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden nimmt zur Kenntnis, dass

1. der Ergebnishaushalt 2009 mit einem Jahresergebnis von -3.126.952,82 € (Fehlbetrag) abschließt,
2. die Aufnahme von Krediten im Haushaltsjahr 2009 nicht erforderlich gewesen ist und

beschließt,

3. die Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Hilden für das Haushaltsjahr 2009 laut Anlagen,
4. dass der Jahresabschluss 2009 dem Rechnungsprüfungsamt zur Vorbereitung der Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss zugeleitet wird,
5. dass vorbehaltlich der Prüfung und Feststellung des vorgelegten Jahresabschlusses durch den Rat der Fehlbetrag in Höhe von 3.126.952,82 € mit

1.639.512,85 € der allgemeinen Rücklage und mit
1.487.439,97 € der Ausgleichsrücklage

entnommen wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

- 4.2 Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und investiven Auszahlungen für die Zeit vom 01.01.2010 bis 30.06.2010 WP 09-14 SV 20/025
-

Der Rat der Stadt nahm nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss Kenntnis von den in der Zeit vom 01.01.2010 bis 30.06.2010 erteilten Genehmigungen zur Leistung von unerheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen (s. Anlage 1 der SV) und investiven Auszahlungen (siehe Anlage 2 der SV).

- 4.3 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

WP 09-14 SV 68/013

Beschlussvorschlag:

Der Rat genehmigt die nachfolgend aufgeführte, von Bürgermeister Horst Thiele und Ratsmitglied

Rudi Joseph am 12.08.2010 gemäß § 60 (1) Satz 2 GO NW gefasste Dringlichkeitsentscheidung:

„Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich überplanmäßig Haushaltsmittel in Höhe von 39.484,16 € für die Bezahlung des über EU-weite offene Ausschreibung beschafften Rüstwagens/Gerätewagens Gefahrgut (RW/GWG), I076800034, mit dem amtlichen Kennzeichen ME – FW 114 bereitzustellen. Deckungsmittel in ausreichender Höhe stehen aufgrund des Ergebnisses der EU-weiten Ausschreibung eines Hilfsgruppenlöschfahrzeuges HLF 20/16, I076800026, im Budget zur Verfügung“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4.4 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) - WP 09-14 SV 50/024
Genehmigung einer üpl Ausgabe

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt genehmigt nach Vorberatung durch den Sozial- sowie den Haupt- und Finanzausschuss eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 135.000 € bei Produkt 050303 – Hilfen nach AsylbLG -.

Deckung: Kostenträger: 1504040030 „Zweckverbände“, Mehrertrag aus Gewinnabführung - Sparkasse HRV

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4.5 Verfassungsbeschwerde gegen das Einheitslastenabrechnungsgesetz WP 09-14 SV 20/023

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden nimmt nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss Kenntnis vom Sachstand der Verwaltung zum Thema Kommunalverfassungsbeschwerde gegen das Einheitslastenabrechnungsgesetz und beauftragt die Verwaltung, gemeinschaftlich mit den anderen Beschwerdeführern, Klage vor dem Verfassungsgerichtshof NRW einzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5 Anträge

5.1 Änderung des § 21 Abs. 2 Satz 3 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Hilden und seiner Ausschüsse (Änderung des Quorums für geheime Abstimmungen);
Antrag der CDU Fraktion vom 14.07.2010

WP 09-14 SV 01/037

Rm. Bartel/Grüne sprach sich gegen die Änderung des Quorums, wie von der CDU beantragt, aus. Ein Quorum von 50 % wäre fast gleichbedeutend mit der Abschaffung der geheimen Abstimmung, da dieses Quorum so gut wie nicht mehr realisierbar sei.

Dem gegenüber vertrat Rm. Weinrich/BA die Auffassung, dass das bisherige Quorum von 1/5 oder eine Fraktion zu leicht zu erreichen sei. Sie sähen durchaus auch die Notwendigkeit, dass nicht eine Fraktion alleine bereits die geheime Abstimmung durchsetzen könne, sondern im Zeichen von größerer Transparenz ein Konsens für eine geheime Abstimmung mit anderen Fraktionen gesucht werden müsse.

Nach einer sich anschließenden intensiven Diskussion beantragte Rm. Dr. Haupt/FL die Abänderung des notwendigen Quorums auf 1/3 der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder. Damit wäre gleichzeitig sichergestellt, dass keine Fraktion alleine eine geheime Abstimmung durchsetzen könnte.

Rm. Dr. Schnatenberg/CDU erklärte, seine Fraktion könne sich diesem Kompromiss durchaus anschließen.

Antrag CDU

~~Der Rat der Stadt Hilden möge beschließen:~~

~~Die Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Hilden und seine Ausschüsse erhält in § 21 Abs. 2 Satz 3 folgenden neuen Wortlaut:~~

~~„Auf Antrag der Mehrheit der Ratsmitglieder wird geheim abgestimmt.“~~

Änderungsantrag (Freie Liberale)

Die Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Hilden und seine Ausschüsse erhält in § 21 Abs. 2 Satz 3 folgenden neuen Wortlaut:

„Auf Antrag von einem Drittel der gesetzlichen Anzahl der Ratsmitglieder wird geheim abgestimmt.“

Abstimmungsergebnis (Änderungsantrag Freie Liberale):

9 Nein-Stimmen (Fraktionen FDP und dUH sowie Rm.. Kaltenborn)

36 Ja-Stimmen (übrige Fraktionen und Bürgermeister)

5.2 Ankauf, Umbau und Sanierung des Kolpinghauses
-Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN-

WP 09-14 SV 26/031

Rm. Bartel/Die Grünen warb noch einmal dafür, das Kolpinghaus trotz der entstehenden Mehrkosten zu erwerben. Sicherlich seien die Gesamtkosten von über 1.500.000,-- € kein Pappenstiel, letztendlich seien es aber lediglich 80.000,-- € mehr als ursprünglich vorgesehen. Außerdem stehe man den Vereinen in der Pflicht.

Rm. Prof. Dr. Bommermann/dUH erinnerte daran, dass in der ursprünglichen SV von Gesamtkosten in Höhe von 800.000,-- € die Rede gewesen war. Seiner Auffassung nach sei das Gebäude so in diesem Zustand nicht marktfähig, 400.000,-- € Kaufpreis seien schlicht zuviel.

Rm. Dr. Schnatenberg/CDU fügte hinzu, dass der Kaufpreis aufgrund falscher Annahmen festgelegt wurde. Auch er habe die Bitte an die Verwaltung, hier nachzuverhandeln.

Auch Rm. Weinrich/BA schloss sich dieser Auffassung an und führte aus, dass es nicht angehen könne, dass ein Gebäude, welches so lange heruntergewirtschaftet wurde, so teuer verkauft werden solle. Im Hinblick auf die beabsichtigten Mieten für den SKFM bzw. den Vereinen verwies er darauf, dass der spanische Verein eine Gastronomie einrichten wolle und hieraus auch mehr Erträge erwirtschaftete, insofern sollte das Verhältnis der Mieten noch einmal überdacht werden. Abschließend verwies er noch darauf, dass durch die Verzögerung des Baubeginns durch die Kath. Kirche eine akute Handlungsnot momentan nicht gegeben sei.

Nach einer sich hieran anschließenden Diskussion formulierte Rm. Prof. Dr. Bommermann/dUH den nachfolgenden Beschlussvorschlag, über den Bürgermeister Thiele abstimmen ließ.

Beschlussvorschlag:

~~Der Rat der Stadt Hilden beschließt den Erwerb des Kolpinghauses, Kirchhofstr. 18, sowie dessen Sanierung / Umbau nach den vorliegenden Plänen und stimmt den nach § 14 GemHVO vorgelegten Unterlagen und den ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 1.524.000 € zu.~~

~~Die im Haushaltsjahr 2010 benötigten Mittel in Höhe von 650.000 € werden außerplanmäßig bereitgestellt.~~

~~Deckung: siehe finanzielle Auswirkungen~~

~~Die im Haushaltsjahr 2011 benötigten Mittel in Höhe von 874.000 € werden im Vorgriff auf den Haushalt überplanmäßig im Haushaltsjahr 2011 und zur sofortigen Verwendung (ab Januar) bereitgestellt. Über die Finanzierung wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden.~~

1. Der Rat der Stadt hält an der grundsätzlichen Bereitschaft zum Erwerb des Kolpinghauses mit der darin vorgesehenen Nutzung für Vereine fest.
2. Der Rat empfindet den angedachten Kaufpreis von 400.000 Euro zu hoch.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, intensive Nachverhandlungen zu führen mit dem Ziel einer signifikanten Kaufpreissenkung

Abstimmungsergebnis:

Bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und Grüne einstimmig beschlossen

Bürgermeister Thiele verwies darauf, dass die Sitzungsvorlage in der letzten Sitzung während des Abstimmungsverfahrens vertagt wurde, heute also ohne Aussprache direkt mit der geheimen Abstimmung begonnen werden müsse. Diese Auffassung sei auch mit der Aufsichtsbehörde abgeklärt.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Hilden beschließt, dem Sportverein Hilden-Ost einen einmaligen Zuschuss aus der Sportpauschale über 50.000 € zu gewähren.
(Kostenträger 0802010010 „Zuschussgewährung“, Konto: 531880 „Zuschüsse aus Sportpauschale“ (HHRest))
2. Die Stadt Hilden stellt dem SV Hilden-Ost, Abteilung Base- und Softball „Hilden Wains“ einen Betrag von 98.200 € als Zuschuss zum Bau eines einfachen Baseballplatzes in der Giesenheide zur Verfügung. Der Betrag wird über einen Zeitraum von 15 Jahren durch die Zahlung eines Mietzinses von monatlich 600 Euro refinanziert.
(Kostenträger 0802010010 „Zuschussgewährung“, Konto: 531800 „Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche“)

Deckung:
Kostenträger 1601010020 „Sonstige allg. Finanzwirtschaft“, Konto: 548900 „Allgemeine Deckungsreserve“ = 47.370,- € und Kostenträger 1201040010 „Verkehrsentwicklungsplanung einschl. ÖPNV“, Konto: 531310 „Umlage VRR“ = 50.830,- €
3. Die GkA GmbH schließt mit dem SV Hilden Ost, Abteilung Base- und Softball, einen unbefristeten Leihvertrag ab. Der Leihvertrag soll innerhalb von neun Monaten zum Quartalsende von der GkA kündbar sein.
4. Die Mitglieder der GKA-Kommission werden gebunden in ihren Gremien entsprechend abzustimmen

Abstimmungsergebnis:

In geheimer Abstimmung mit 18 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

5.4 Neu- und Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien

WP 09-14 SV 01/043

Bürgermeister Thiele teilte mit, dass auch der Landrat als Kreispolizeibehörde aufgrund personeller Veränderungen um Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss bat. Als beratendes Mitglied habe er Frau Kriminaloberkommissarin Ilka Steffens benannt, als ihre Stellvertreterin Frau Kriminalkommissarin Nicole Kreuz.

Rm. Prof. Dr. Bommermann/dUH bat darüber hinaus für seine Fraktion Frau Sieglinde Herberg als stellvertretende sachkundige Bürgerin anstelle von Herrn Gerd Pohlmann in den Ausschuss für Kultur- und Heimatpflege zu entsenden.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat entsendet
- a) auf Antrag der CDU-Fraktion in

den Aufsichtsrat der Gemeinn. Jugendwerkstatt GmbH
als stellv. beratendes Mitglied für Frau Sabine Kittel
(anstelle von Frau Birgit Behner)

Frau Marion Buschmann

- den Aufsichtsrat Stadt Hilden Holding
als stimmberechtigtes Mitglied
(*anstelle von Frau Sabine Kittel*) Herr Patrick Strösser
- den Ausschuss für Kultur und Heimatpflege
als stellv. sachkundige Bürgerin
(*anstelle von Herrn Patrick Strösser*) Frau Ingrid Benecke
- b) auf Antrag der FDP-Fraktion in
- den Ausschuss für Kultur und Heimatpflege
als sachkundige Bürgerin
(*anstelle von Herrn Volker Kalkowski*) Frau Nina Buntenbach
- den Personalausschuss
als sachkundige Bürgerin
(*anstelle von Herrn Bernd Schnäbelin*) Frau Dörthe Dylewski
- den Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschuss
als 1. stellv. Mitglied für die sachkundigen Bürger
(*anstelle von Herrn Volker Kalkowski*) Herr Thomas Remih
- den Aufsichtsrat der Gemeinn. Seniorendienste Hilden GmbH
als 2. stellv. Mitglied für Frau Heidi Weiner Herr Thomas Remih
- den Integrationsrat
als stellv. Mitglied Bürgerin
(*anstelle von Herrn Volker Kalkowski*) Frau Martina Reuter
- den Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz
als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 GO Herr Yannick Hoppe (Elb 74)
- den Stadtentwicklungsausschuss
als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 GO Frau Martina Reuter
- den Paten- und Partnerschaftsausschuss
als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 GO Herr Fabian Reich (Zelterstr. 51)
- c) auf Antrag der Fraktion Freie Liberale in
- den Haupt- und Finanzausschuss
als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 GO Herr Friedhelm Burchartz
als stv. beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 GO Herr Dr. Heimo Haupt
- die GKA-Kommission
als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 GO Herr Dr. Heimo Haupt
- den Personalausschuss
als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 GO Herr Dr. Heimo Haupt
- den Rechnungsprüfungsausschuss
als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 GO Herr Dr. Heimo Haupt

<u>den Schul- und Sportausschuss</u> als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 GO	Herrn Friedhelm Burchartz
<u>den Sozialausschuss</u> als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 GO	Frau Prof. Dr. Barbara Haupt
<u>den Wahlausschuss</u> als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 GO	Frau Prof. Dr. Barbara Haupt
<u>den Wahlprüfungsausschuss</u> als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 GO	Frau Prof. Dr. Barbara Haupt
<u>den Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschuss</u> als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 GO	Herrn Dr. Heimo Haupt
<u>den Haushaltskonsolidierungsausschuss</u> als beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 GO als stv. beratendes Mitglied gemäß § 58 Absatz 1 Satz 7 GO	Herrn Dr. Heimo Haupt Herrn Friedhelm Burchartz

d) auf Antrag der dUH-Fraktion in

den Ausschuss für Kultur und Heimatpflege
als stellv. sachkundige Bürgerin
(*anstelle von Herrn Gerd Pohlmann*)

Frau Sieglinde Herberg

d) auf Vorschlag des Landrates als Kreispolizeibehörde

den Jugendhilfeausschuss
als beratendes Mitglied
(*anstelle von Manfred Donga*)
sowie als ihre Stellvertreterin

Frau KOK Ilka Steffens
Frau KK Nicole Kreuz

2. Der Rat nimmt Kenntnis von der Benennung der beratenden Mitglieder für die Aufsichtsratsgremien, in denen die Fraktion Freie Liberale nicht mit einem stimmberechtigten Mitglied vertreten sind:

	Berat. Mitglied	Stellvertreter
Stadt Hilden Holding	Dr. Heimo Haupt	Friedhelm Burchartz
Stadtwerke Hilden GmbH	Dr. Heimo Haupt	Friedhelm Burchartz
Verkehrsgesellschaft Hilden GmbH	Friedhelm Burchartz	Dr. Heimo Haupt
Grundstücksgesellschaft Hilden GmbH	Dr. Heimo Haupt	Friedhelm Burchartz
Wohnungsbaugesellschaft Hilden GmbH	Dr. Heimo Haupt	Friedhelm Burchartz
Gemeinn. Seniorendienste Hilden GmbH	Friedhelm Burchartz	Dr. Heimo Haupt
Gemeinn. Jugendwerkstatt Hilden GmbH	Friedhelm Burchartz	Dr. Heimo Haupt
Infrastrukturgesellschaft Hilden GmbH (Infrastrukturkommission)	Friedhelm Burchartz	Dr. Heimo Haupt

Ferner wird benannt:

**für den Beirat Stadtmarketing Hilden
GmbH**

Friedhelm Burchartz

Dr. Heimo Haupt

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5.5 Antrag der Fraktion Bürgeraktion Hilden auf Vorlage des Entwurfes WP 09-14 SV 60/018 einer Baumschutzsatzung

Eingangs der Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt bat Rm. Professor Dr. Bommermann/dUH um geheime Abstimmung.

Bürgermeister Thiele wies darauf hin, dass aufgrund der unter Tagesordnungspunkt 5.1 geänderten Geschäftsordnung nunmehr ein Drittel der Ratsmitglieder für eine geheime Abstimmung stimmen müssten, mithin also mindestens 15.

Für den Antrag von Rm. Prof. Dr. Bommermann/dUH ergaben sich 21 Stimmen (Fraktionen dUH, FDP und SPD).

Bevor zur Abstimmung aufgerufen wurde, reichte Rm. Joseph für die FDP-Fraktion noch folgenden Antrag ein:

Der Rat der Stadt Hilden möge beschließen, einen Ratsbürgerentscheid nach § 26, Absatz 1, Satz 2, der Gemeindeordnung NRW durchzuführen, ob für Hilden eine Baumschutzsatzung eingeführt werden soll.

Begründung

Die FDP Hilden ist der Auffassung, eine Baumschutzsatzung sollte in der Lage sein, eine Brücke zu schlagen zwischen größtmöglicher Freiheit und Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Hilden, die sich ausdrücken in der eigenverantwortlichen Verfügung über ihr Eigentum, und einem wirkungsvollen Erhalt der zentralen Lebensgrundlagen von Umwelt und Natur aller Menschen.

Die Konsequenz einer Baumschutzsatzung könnte in Zukunft jeden Eigentümer abschrecken Bäume zu pflanzen oder ihre Bäume vor Erreichung des satzungsgemäßen Stammumfanges zu fällen.

Ein Ratsbürgerentscheid gibt allen Hildener Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, über so eine wichtige Entscheidung, die alle Menschen in Hilden betrifft, mit zu entscheiden. Z.B. könnte ein Ratsbürgerentscheid an einem der nächsten verkaufsoffenen Sonntage durchgeführt werden.

Nach einer sich anschließenden kurzen kontroversen Diskussion beantragte Rm. Buschmann/CDU zur Geschäftsordnung Schluss der Debatte.

Bürgermeister Thiele ließ zunächst über den Antrag der FDP-Fraktion auf Herbeiführung eines Ratsbürgerentscheides abstimmen. Für den Antrag ergaben sich 5 Ja-Stimmen (Fraktion FDP und Rm. Kaltenborn), dagegen 40 Nein-Stimmen (übrige Fraktionen und Bürgermeister).

Anschließend rief Bürgermeister Thiele zur geheimen Abstimmung über den Beschlussvorschlag

auf.

Beschlussvorschlag:

„Der Rat der Stadt Hilden fasst nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz folgenden Beschluss:

1. die als Anlage der Sitzungsvorlage beigefügte Baumschutzsatzung (einschl. des Schutzes von Weiden) wird mit der Maßgabe beschlossen, dass die anschließende Umsetzung keine zusätzlichen Personalkosten verursachen darf.

Der Bürgermeister wird beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Abstimmungsergebnis:

In geheimer Abstimmung 23 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen

6 Sonstige Angelegenheiten

6.1 Anzahl der zu wählenden Beigeordneten;
Antrag der CDU-Fraktion zur Änderung der Hauptsatzung

WP 09-14 SV 01/039

Rm. Dr. Schnatenberg/CDU verlas folgende Erklärung:

*Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
es wird Sie nicht überraschen, wenn ich für die CDU Fraktion weiterhin die Abschaffung einer dritten Beigeordneten Stelle fordere.
Ich habe das bereits des Öfteren mit der sogenannten Führungsspanne begründet und will das hier und heute nicht noch einmal wiederholen um Sie nicht zu langweilen. Fest steht jedenfalls, dass wir nach allen betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen, die auch für moderne Verwaltungen gelten, ausreichend Häuptlinge in unserer Stadtverwaltung haben.
Soweit die Verwaltung in Ihrer Sitzungsvorlage allerdings ausführt, dass auch die Größe und der Schwierigkeitsgrad der zu führenden Einheiten berücksichtigt werden muss, will ich darauf gerne eingehen.
In der Tat ist die Größe der zu führenden Einheit eine zu berücksichtigende Größe ebenso wie der Schwierigkeitsgrad bei der Aufgabenstellung.
Deshalb will ich unsere Verwaltung nur einmal kurz mit der Verwaltung der Landeshauptstadt Düsseldorf vergleichen. Ich denke, bei diesem Vergleich kann niemand behaupten, wir würden uns mit einer besonders einfachen oder leicht zu führenden Dorfverwaltung vergleichen.
In Düsseldorf hat das größte Dezernat ein Volumen von rund 3.000 Stellen. Im Durchschnitt aller Dezernate gehören zu einem Beigeordneten 1.285 Stellen. So viele Stellen wie ein einzelner Beigeordneter in Düsseldorf führt, hat unsere gesamte Stadtverwaltung insgesamt nicht.
Wenn wir also entsprechend der Sitzungsvorlage nur auf die Größe der zu führenden Einheiten und den Schwierigkeitsgrad der Aufgaben abstellen, müssten wir noch weitere Beigeordnetenstellen streichen.
Soweit die Verwaltung in einer anderen Sitzungsvorlage zum Thema „Dritter Beigeordneter“ schreibt, eine Prüfung habe ergeben, dass es bei den Beschäftigten der Stadt Hilden keinen Mitar-*

beiter gäbe, der aus Sicht der Verwaltung die fachlichen und persönlichen Voraussetzungen für die Leitung des Baudezernates erfüllt, bin ich ehrlich entsetzt.

Man muss sich diese Aussage einmal auf der Zunge zergehen lassen: In der gesamten Stadtverwaltung gibt es fachlich und persönlich keinen zur Führung geeigneten Mitarbeiter. Eine Verwaltung, die sich selbst ein solches Armutszeugnis ausstellt, befindet sich wirklich in einer bedauernden Lage und es stellt sich die Frage, wer eine solche fehlgeleitete Personalpolitik zu vertreten hat.

Meine Damen und Herren, wir sprechen hier über Mitarbeiter der Verwaltung, die teilweise in die Besoldungsgruppe A 15 eingestuft sind, also in die dritte Beförderungsstufe des höheren Dienstes. Viel mehr kommt da nicht mehr, noch eine Beförderung und danach befinden wir uns im Bereich der B-Besoldung, also im Bereich unserer Beigeordnetenbesoldung. Um A 15 zu verdienen, muss man üblicherweise –jedenfalls in anderen Verwaltungen- besondere fachliche und persönliche Voraussetzungen erfüllen. In der Landesverwaltung wird dazu zum Beispiel die Führungseignung für eine gesamte Behörde und die Fähigkeit sich in neue unbekannte Aufgabengebiete selbstständig einzuarbeiten gefordert.

Wenn ich mich recht entsinne, hat auch Herr Thiele die Aufgabe eines Baudezernenten nicht von der Pike auf gelernt, sondern den Job erhalten, weil man wohl erwartet hatte, dass er sich in die Materie einarbeiten würde.

Möglicherweise liegt aber gerade hier der Hase im Pfeffer.

Bedeutet die Weigerung des Bürgermeisters, das Baudezernat weiterzuführen, so wie er es vor der Wahl -zum Beispiel im Interview mit der Rheinischen Post am 06.10.2008- in Aussicht gestellt hat, seine Kapitulation vor den Aufgaben des Amtes?

Verständlich wäre es. Zu lang ist die mittlerweile bekannt gewordene Liste der Pleiten, Pech und Pannen des Baudezernenten. Angefangen von der missglückten Baugenehmigung für den Sparkassenneubau über die rechtswidrige Vergabep Praxis der Stadt bis hin zu den Auftritten der Herren Stuhlträger und Groll, die Ausschüsse bisweilen gerne mit Unwahrheiten bedienen.

An der so oft beschworenen Doppel- und Dreifachbelastung des Bürgermeisters kann die Amtsmüdigkeit als Baudezernent sicher nicht liegen. Der Bürgermeister, Sie haben zur Erfüllung Ihrer Repräsentationspflichten gleich zwei Stellvertreter und in das operative, tägliche Geschäft des Baudezernates sind Sie, wie wir immer wieder feststellen mussten, nicht eingebunden. Das ist kein Vorwurf, sondern jeder Führungsaufgabe immanent.

Und auch als Schlichter zwischen den Bürgern und den Mitarbeiter Ihres Dezernates, wie Sie so gerne Ihre Aufgabe beschreiben, fielen Sie bisher nicht auf.

Oder haben wir Sie schlicht übersehen, als die Anwohner der Hoffeldstrasse alles versuchten, um mit Ihrem Tiefbauamt in eine vernünftige Kommunikation zu treten? Und wo sind Sie jetzt in der harten Auseinandersetzung mit den Anwohnern im Süden, die sich gegen die Bauwut des Bauvereins wehren? Sie haben es bisher nicht einmal für nötig befunden, sich schriftlich in das Verfahren einzuschalten, sondern lassen immer noch Herrn Groll an die Bürger schreiben obwohl Sie genau wissen, welche Stimmung sich dort -zu Recht - gegen Herrn Groll gebildet hat, der offenbar sein Vorhaben durchpeitschen will.

Die Doppelbelastung des Bürgermeisters gibt es also gar nicht. Wenn Sie aus dem Baudezernat flüchten möchten, dann ist das nach der Gemeindeordnung formal in Ordnung.

Das dann aber bitte nicht auf Kosten der Steuerzahler. Als Chef der Verwaltung müssen Sie Ihre Flucht selbst gestalten und durch organisatorische Maßnahmen in Ihrem Haus abdecken. Auch hier gilt nach unserer Ansicht das Verursacherprinzip.

Wir werden dafür nicht in die Kasse greifen. In eine Kasse und eine Haushaltsplanung deren Bestand nach neuesten Nachrichten aus dem Kreis höchst gefährdet ist. Es ist wahrlich kein Geheimnis mehr, aber vielleicht muss es doch einmal öffentlich ausgesprochen werden, die Steuereinnahmen im Kreis, insbesondere bei den anderen Kommunen sind massiv weggebrochen.

Zwar geht es uns im Vergleich noch relativ gut, aber wir werden durch die Kreisumlagen der nächsten Jahre erheblich - und zwar in Millionenhöhe- mehr belastet werde. Der Landrat hat die Kämmerer darüber bereits letzte Woche informiert und ich würde mir wünschen, dass diese Informationen auch an uns hier im Stadtrat weitergegeben werden.

In so einer Situation munter weitere unnötige Verpflichtungen im Personalbereich einzugehen kommt für uns nicht in Betracht. Schon gar nicht im Vorfeld einer beschlossenen Organisationsuntersuchung.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, wir bleiben dabei: Einer vierten Führungskraft bedarf unsere Verwaltung nicht. Wir erwarten von unseren Stadtmanagern, dass Sie Ihre Aufgaben mit den vom Rat zur Verfügung gestellten Mitteln ordnungsgemäß zum Wohle der Stadt erfüllen und sind überzeugt davon, dass dies mit Anstrengungsbereitschaft und Führungswillen durchaus zu meistern ist.

Rm. Alkenings/SPD hielt entgegen, dass Laufbahnbeamte tatsächlich nur unwesentlich billiger wären, eine mögliche Einsparung daher nur vorgetäuscht wäre.

Sie sei der Überzeugung, dass durchaus fachlich gut qualifiziertes Personal in der Verwaltung vorhanden sei, bei einer entsprechend niedrigen Besoldung als Laufbahnbeamter jedoch schnell abgeworben werden können. Letztlich verwies sie darauf, dass die Mitarbeiter, die die Qualifikation hätten, von Herrn Dr. Schnatenberg zuletzt immer wieder angegriffen wurden.

Nach Auffassung von Rm. Prof. Dr. Bommermann/dUH würden die in der Vergangenheit immer wieder kritisierten Mängel in der Bauverwaltung wie auch die fehlende Bürgernähe eine Notwendigkeit aufzeigen, zum Wohl des Bürgers jemanden von außerhalb nach Hilden zu holen. Es sei töricht, hier auf Dauer Einschränkungen vornehmen zu wollen.

Auch Rm. Weinrich/BA erklärte, er glaube nicht daran, dass niemand in der Verwaltung fachlich und persönlich in der Lage sei, ein Dezernat zu führen. Wie auch das Beispiel von Herrn Thiele zeige, könne man sich auch in ein an sich fremdes Sachgebiet einarbeiten. Er appellierte noch einmal daran, diese Chance an fähige Leute innerhalb der Verwaltung zu eröffnen.

Rm. Bartel/Die Grünen erwiderte hierauf, dass seine Fraktion dies bei einem technischen Beigeordneten anders einschätze. Darüber hinaus unterschieden sich die Fähigkeiten eines Amtsleiters oder eines Fachbereichsleiters zu einem Dezernenten darin, dass letzterer auch Medienkompetenz mit sich bringen und sich mit der Politik auseinandersetzen müsse.

Antragstext:

Der Rat der Stadt Hilden möge beschließen:

Die Hauptsatzung der Stadt Hilden erhält in § 15 Abs. 1 folgenden neuen Wortlaut:

„Der Rat wählt zwei Beigeordnete, die die Bürgermeisterin/den Bürgermeister in ihrem/seinem Geschäftsbereich vertreten“

Abstimmungsergebnis:

Mit 17 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

CDU-Fraktion:	ja
SPD-Fraktion:	nein
FDP-Fraktion:	nein
BA-Fraktion:	ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	nein
dUH-Fraktion:	nein

Fraktion Freie Liberale	ja
Ratsmitglied Kaltenborn	nein
Bürgermeister	nein

6.2 Anzahl der zu wählenden Beigeordneten; Antrag der BA-Fraktion WP 09-14 SV 01/040
zur Änderung der Hauptsatzung

Antragstext:

Der Rat der Stadt Hilden möge beschließen:

§ 15 Abs. 1 der Hauptsatzung enthält folgende Fassung (Änderung unterstrichen):

„Der Rat wählt bis zu drei Beigeordnete, die die Bürgermeisterin/den Bürgermeister in ihrem/seinem Geschäftsbereich vertreten“

Abstimmungsergebnis:

Mit 22 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen

CDU-Fraktion:	ja
SPD-Fraktion:	Enthaltung
FDP-Fraktion:	ja
BA-Fraktion:	ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	nein
dUH-Fraktion:	nein
Fraktion Freie Liberale	ja
Ratsmitglied Kaltenborn	ja
Bürgermeister	nein

6.3 Wiederbesetzung der Stelle des 3. Beigeordneten; Antrag der BA- WP 09-14 SV 10/022
Fraktion vom 07.07.2010

Rm. Weinrich/BA erklärte, dass Ziffer 1d und 2 des Antrages seiner Fraktion sich erübrigt hätten und insofern gestrichen werden könnten.

Auf Bitte von Rm. Alkenings/SPD ließ Bürgermeister Thiele über den Antrag der BA-Fraktion und dem Beschlussvorschlag der Verwaltung, die Stelle des dritten Beigeordneten auszuschreiben, alternativ abstimmen.

Im Anschluss an die Abstimmung erklärte Rm. Dr. Schnatenberg/CDU, dass er den Beschluss beanstanden werde, da nach seiner Auffassung der Bürgermeister wegen Befangenheit nicht hätte mitwirken dürfen. Seine Befangenheit ergäbe sich aus § 50 Abs. 6 und 31 der Gemeindeordnung.

Antrag BA-Fraktion:

Der Rat beschließt,

- a) die dritte Beigeordnetenstelle wird noch nicht ausgeschrieben;
- b) die Wahl eines dritten Beigeordneten findet noch nicht statt;

- c) der Bürgermeister wird gebeten, die Leitung des bisherigen Dezernats IV wird einem Laufbahnbeamten kommissarisch für ein Jahr übertragen;

Beschlussvorschlag Verwaltung:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt, die dritte Beigeordnetenstelle auszuschreiben und möglichst zum 01.10.2010 wieder zu besetzen.

Abstimmungsergebnis:

Antrag BA: 17 Stimmen (Fraktionen CDU, BA und Freie Liberale)

Beschlussvorschlag Verwaltung: 27 Stimmen (übrige Fraktionen, Rm. Kaltenborn und Bürgermeister)

6.4 Jubiläumsveranstaltung "150 Jahre Stadt Hilden und 40 Jahre Musikschule Hilden" WP 09-14 SV 41/025

Rm. Prof. Dr. Bommermann/dUH bat nochmals ausdrücklich zum Protokoll, er appelliere intensiv daran, die für das Musikschulfest vorgesehenen Mittel von 12.000 € weiter nach unten „zu drücken“.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden stimmt nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss dem vorgelegten Entwurf der Jubiläumsveranstaltungen „150 Jahre Stadtrechte Hilden“ und „40 Jahre Musikschule Hilden“ am 25.06.11 und am 18.11.11 zu und beschließt, die Haushaltsmittel im Haushalt 2011 bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 42 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen (Fraktion Freie Liberale) mehrheitlich beschlossen

6.5 Prüfung der Jahresabschlüsse der Freizeitgemeinschaft Behinderte und Nichtbehinderte e. V. - Beauftragung des Rechnungsprüfungsamtes WP 09-14 SV 14/012

An der Beratung und Beschlussfassung zu diesem TOP nahm Rm. Kittel/CDU nicht teil.

Beschlussvorschlag für den Rat:

„Der Rat der Stadt Hilden überträgt dem Rechnungsprüfungsamt (örtliche Rechnungsprüfung) gemäß § 103 Abs. 2 GO NRW die Prüfung der Jahresabschlüsse der Freizeitgemeinschaft Behinderte und Nichtbehinderte e. V. Der für die Prüfungen entstehende Aufwand soll fakturiert werden.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

7.1 Kreisumlage 2011

Der Kämmerer, Herr Klausgrete, wies darauf hin, dass derzeit noch keine Aussage über die Höhe der Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2011 möglich sei, da die nötigen Grundlagen noch unklar seien.

8 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

8.1 Verbraucherberatung in Energiefragen in Hilden-Anfrage BA vom 12. Mai

Rm. Weinrich/BA erklärte, dass er auf seine in der Sitzung des Rates am 12.05. eingereichte Anfrage zur Verbraucherberatung Energiefragen bis heute noch keine Antwort erhalten habe.

8.2 Übernahme der Aufgaben der örtlichen Rechnungsprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt des Kreises prüfen

Rm. Weinrich reichte für die BA-Fraktion folgenden Antrag ein:

Der Rat der Stadt Hilden möge nach Vorberatung im Rechnungsprüfungsausschuss beschließen:

„Der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob perspektivisch Aufgaben der örtlichen Rechnungsprüfung in Teilen oder vollständig durch das Rechnungsprüfungsamt des Kreises Mettmann wahrgenommen werden könnten.

Das Prüfergebnis ist dem Rechnungsprüfungsausschuss und dem Rat so rechtzeitig vorzulegen, dass es Eingang in die Haushaltsberatungen 2011 finden kann.

Begründung:

Mit Gründung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW im Jahr 2002 wurde die Möglichkeit in § 102 Abs. 2 der Gemeindeordnung NRW geschaffen, durch öffentlich-rechtliche Vereinbarung zu regeln, dass die Aufgaben der örtlichen Rechnungsprüfung durch den Kreis wahrgenommen werden.

Auch für die Stadt Hilden sollte gelten, im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit mit den umliegenden Städten im Kreis Mettmann und dem Kreis selbst, Möglichkeiten zu nutzen, wie durch eine stärkere interkommunale Zusammenarbeit Einsparungen erzielt werden könnten.

In Monheim sollen die Aufgaben der örtlichen Rechnungsprüfung ab 01.01.2011 durch das Rechnungsprüfungsamt des Kreises Mettmann wahrgenommen werden. Hierzu wird zwischen der Stadt

Monheim und dem Kreis eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung abgeschlossen. In dieser Vereinbarung wird beispielsweise die Abordnung von Personal des örtlichen Rechnungsprüfungsamts an den Kreis für zunächst 36 Monate vereinbart.

In Monheim wurde nach Abstimmungsgesprächen mit dem Landrat und der Leitung der Rechnungsprüfung des Kreises Mettmann deutlich, dass im Aufgabenbereich der Rechnungsprüfung bei steigender Qualität der Aufgabenwahrnehmung deutliche und jährlich wiederkehrende Einsparungen zu erzielen seien.

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung kann dazu genutzt werden, die steigenden Anforderungen an den prüferischen Sachverstand der Prüferinnen und Prüfer zu erfüllen, ohne eigenes Personal hierfür dauerhaft vorhalten und qualifizieren zu müssen.

Durch die Anforderungen im Zuge der Umstellung des kommunalen Rechnungswesens sind qualifizierte Prüfteams, die die Möglichkeit der Spezialisierung bieten, insbesondere bei der Prüfung von kommunalen Jahresabschlüssen und zukünftigen Gesamtab schlüssen im Vorteil. Der Kreis bietet durch seine qualifizierte Personalausstattung die Voraussetzung dafür, den gestiegenen Anforderungen zu genügen. Der Kreis kann zudem auf Erfahrungen mit der ebenfalls durch öffentlich-rechtliche Vereinbarung übertragenen Prüfung für die Städte Mettmann, Wülfrath und in Teilbereichen Heiligenhaus verweisen.

Bei der Rechnungsprüfung des Kreises sind zurzeit 11 Prüferinnen und Prüfer mit betriebswirtschaftlicher, technischer und Verwaltungsausbildung beschäftigt. Personelle Ausfälle können aufgrund der Größe der organisatorischen Einheit beim Kreis Mettmann einfacher als vor Ort kompensiert werden. Zur Vermeidung von Interessenskonflikten im Rahmen von laufenden Verwaltungsverfahren zwischen der Stadt und dem Kreis sind der Leiter der Rechnungsprüfung sowie die Prüferinnen und Prüfer zu uneingeschränkter Verschwiegenheit verpflichtet.

8.3 Entfernung des vor der ev. Kita "Sonnenschein" (Kalstert 84, 40724 Hilden) stehenden Pavillons

Rm. Dr. Haupt reichte für die Fraktion Freie Liberale folgenden Antrag ein:

Die Freien Liberalen beantragen, den in Frage stehenden Pavillon neu aufzustellen auf dem Bolzplatzgelände zwischen Gewerbegebiet Hilden Ost (Max-Volmer-Str.) / Kalstert / Dürerweg (s. beiliegende Fotos).

Begründung:

Das Gelände liegt günstig zum Wohnumfeld der Jugendlichen und Heranwachsenden des Hildener Ostens. Es schließt sich an den vorhandenen Bolzplatz an, hat ausreichende Größe und Struktur und tangiert weder Wohngebiete noch Kindergärten oder Grundschulen.

8.4 Aufstellung über Fremdleistungen

Rm. Prof. Dr. Bommermann reichte für die Fraktion dUH folgende Anfrage ein:

Der Bürgermeister wird beauftragt, in der Sitzung des Sozialausschusses am

25.11.2010 eine detaillierte Aufstellung über Fremdleistungen vorzulegen, die von externen Anbietern (freie Träger in Hilden, überörtliche Anbieter) entgeltlich für die Stadt Hilden erbracht werden.
Soweit dies auf Dauerverträgen beruht, sind diese kurz nach Aufgabenstellung und Jahresbetrag aufzulisten.
Erfolgt der nur gelegentliche „Einkauf“ von externen Leistungen, sind diese bezogen auf das Jahr 2010 kurz nach Inhalt und Entgelt aufzulisten.

Begründung:

Im Vorfeld der Haushaltsplanberatungen 2011 ist es für die Fraktionen wichtig, die aktuellen wirtschaftlichen Rahmendaten verfügbar zu haben. Auch unter dem Aspekt einer ggf. möglichen Optimierung der Wirtschaftlichkeit ist es nötig, die Rahmendaten des Einkaufs externer Leistungen zu erfahren.

8.5 Schaffung eines Ersatzbolzplatzes

Rm. Reuter reichte für die Fraktion FDP folgenden Antrag ein:

Durch den Bau einer neuen Dreifachsporthalle am Holterhöfchen fällt der dort z. Zt. bestehende Bolzplatz ersatzlos weg.

Da offensichtlich Bedarf an einer solchen Anlage besteht, wird die Verwaltung beauftragt, einen Ersatzbolzplatz auf einem geeigneten Gelände in unmittelbarer Nähe des bisherigen Platzes zu erstellen.

Begründung:

*Der Bolzplatz war bisher stark frequentiert und wurde von vielen Kindern und Jugendlichen genutzt. Es gibt in der näheren Umgebung keine Alternativen.
Um den bisherigen Nutzern weiterhin die Möglichkeit zu bieten sich sportlich zu betätigen, ist ein Ersatz dringend notwendig.*

8.6 Mitgliedschaft bei der "Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V."

Rm. Remih reichte für die Fraktion FDP folgenden Antrag ein:

Der Rat der Stadt Hilden möge die Mitgliedschaft der Stadt Hilden bei der „Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V.“ beschließen.

Begründung

Herzstück und Motor der deutschen Volkswirtschaft sind die mittelständischen Betriebe. Daher müssen mittelständische Unternehmer und Existenzgründer für die Verwaltung zu Schlüsselkunden werden. Angesichts ihrer Bedeutung für Arbeit und Ausbildungsplätze, für Investitionen und Innovationen muss noch mehr auf die Bedürfnisse und Problemstellungen der kleinen- und mittleren Unternehmen eingegangen werden.

Die immer schneller werdenden Entscheidungsprozesse im Bereich der gewerblichen Wirtschaft erfordern transparente und klar kalkulierbare Entscheidungsverläufe in den öffentlichen Verwaltungen. Insbesondere Verwaltungsverfahren, die Voraussetzung für unternehmerische Investitionsvorhaben oder funktionierende Produktionsverläufe sind, müssen noch besser auf die Bedürfnisse des mittelständischen Kunden angepasst werden.

Das Gütezeichen Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung schafft messbare Kriterien, mit denen Unternehmen die Angebote von Kommunalverwaltungen vergleichen können. Der Vorteil einer Zertifizierung für die Stadt Hilden: Sie kann das Gütezeichen als deutschlandweit anerkanntes Qualitätsmerkmal aktiv zur Standortwerbung einsetzen.

Das Gütezeichen wird verliehen, wenn 13 Kriterien erfüllt sind, etwa die Vorgabe von festen Fristen und Zielwerten, z.B. bei der Zahlung von Rechnungen, der Bearbeitungs- und Informationsfristen bei Eingaben und Beschwerden. Gefordert wird aber auch die Schaffung von Verwaltungswegweisern und Lotsen für Existenzgründer. Es erfolgt alle zwei Jahre eine Zertifizierung anhand der Gütekriterien, die jeweils um eine Kundenzufriedenheitsanalyse aus der Sicht der mittelständischen Unternehmen zu ergänzen ist (nähere Informationen unter www.gmkev.de).

8.7 Vermehrtes Rattenaufkommen

Rm. Reuter reichte für die Fraktion FDP folgende Anfrage ein:

Da z. Zt. durch Hildener Bürger wird wieder vermehrt auf ein Rattenaufkommen entlang des Itterverlaufes in der Innenstadt hingewiesen wird, wird die Verwaltung beauftragt mit der Kreisverwaltung Mettmann zu prüfen, welche Maßnahmen notwendig sind, um ein vermehrtes Aufkommen zu verhindern.

Der Ordnungsdezernent erläuterte, dass es eine Vereinbarung zwischen der Stadt Hilden und dem Kreis Mettmann gäbe, wonach bei Meldungen durch den Bürger die Information sofort weitergegeben und die Rattenbekämpfung unmittelbar tätig werde.

Ende der Sitzung: 21:05 Uhr

Bürgermeister Horst Thiele
Vorsitzender

Roland Becker
Schriftführer/in